

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Integration,
Frauen und Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

Unter Zuladung des Ausschusses für Inneres,
Sicherheit und Ordnung

4. Sitzung
31. August 2023

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.20 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann komme ich zum Highlight des Tages

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0080](#)
IntGleich
Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt – Abschlussbericht des Arbeitskreises im Auftrag der IMK 2023: Handlungsempfehlungen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0068](#)
IntGleich
Transfeindlichkeit in Berlin – Ergebnisse des „Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt“ 2022, Gegenstrategien und Prävention, Beratung und Opferhilfe
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße an der Stelle ganz herzlich die Anzuhörenden – einige von Ihnen habe ich ja schon zu Beginn der Sitzung persönlich begrüßt –, und ich begrüße sehr herzlich auch die Innenpolitiker, die heute hinzugeladen sind und den Weg zu uns gefunden haben. Ein herzliches Willkommen auch an Sie! Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt auch Herr Udo Schützeberg aus der Senatsinnen- und -sportverwaltung teil, und auch für SenASGIVA sind Fachleute dabei, unter anderem Herr Dittmar-Dahnke. – Ein herzliches Willkommen an Sie alle!

Wir können jetzt mit der Anhörung starten, üblicherweise – Sie haben ja schon einen Hinweis bekommen – gut fünf Minuten. Wenn es sechs sind, drücken wir ein Auge zu. Konzentration ist gut an der Stelle. Die Ausschussmitglieder haben dann die Möglichkeit, auf Ihre Hinweise zu reagieren und Fragen zu stellen. Dann gibt es eine Antwortrunde. Ich würde, wenn Sie sich untereinander nicht anders verständigt haben, vorschlagen, wir starten in alphabetischer Reihenfolge. Ich rufe also zuerst Frau Lölhöfel auf – ich begrüße Sie gleichzeitig, Frau Lölhöfel, als Mitarbeiterin der Projektkoordination Berliner Register –, dann rufe ich Frau Clara Naujoks von L-Support e. V. auf, danach kommt Frau Dr. Sarah Riese, stellvertretende Leiterin der Arbeitsstelle Gewaltprävention der Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH, und dann kommt Frau Jenny Wilken, Peerberaterin Trans-, Familien- und Fachkräfteberatung, Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V. Ist das so in Ordnung für Sie? – Bei der Antwortrunde drehen wir dann den Spieß um und fangen von hinten an.

Ich gehe davon aus, dass die Ausschussmitglieder gerne ein Wortprotokoll möchten. Wenn Sie das nicht wollen, haben Sie jetzt die Gelegenheit zu widersprechen. – Das tun Sie nicht. Also haben wir uns verabredet, dass wir ein Wortprotokoll bekommen. Möchten die Koalitionsfraktionen den Besprechungsbedarf zu TOP 3a begründen? – Dann hat Frau Neumann das Wort.

Wiebke Neumann (SPD): Vielen Dank! – Wir sind heute auch bei diesem Punkt hier zusammengekommen, weil queerfeindliche Hass- und Gewalttaten zugenommen haben und fast

jeden Tag auch Thema sind. Das ist leider nicht nur ein Gefühl, sondern ein trauriger Fakt und vor allem das ganz konkrete Erleben von vielen Menschen in unserer Stadt. Ich glaube, wir alle von den demokratischen Parteien hätten es gern, wenn wir diese Anhörung nicht nötig hätten und es kein Thema wäre, aber es ist leider so. Gerade die letzten Wochen waren wieder sehr geprägt von vielen Meldungen, sei es die Zerstörung von Symbolen wie Flaggen, sei es der Angriff auf RuT in Neukölln, die Grabschändung in Lichtenberg, aber auch Beleidigungen und Bedrohungen im Netz und im öffentlichen Raum und ganz konkrete Gewalttaten und Angriffe.

Das nehmen wir sehr ernst, und deswegen ist auch die Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Deswegen haben wir das auch heute auf die Tagesordnung gesetzt. Ich freue mich auch, dass wir das als gemeinsame Anhörung mit dem Besprechungspunkt von Grünen und Linken machen können und auch die Mitglieder des Innenausschusses dabei sind, denn das zeigt, dass es ein gemeinsames Anliegen und nicht nur ein Thema ist, mit dem sich die queere Community selber auseinandersetzen soll, sondern das uns alle als Gesellschaft und als Politik angeht. Deswegen danke, und ich freue mich jetzt sehr auf die geballte Expertise, die uns erwartet.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Bevor die Expertise drankommt, hat noch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder die Fraktion Die Linke die Möglichkeit, ihren Besprechungspunkt zu begründen. – Bitte, Herr Walter!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die allgemeine Situation ist ja schon richtig beschrieben worden. Wir erleben eine Zunahme von offener queerfeindlicher Gewalt, offener Queerfeindlichkeit. Wir erleben eine neue Qualität mit Angriffen auf queere Institutionen und Gedenkorte, und es ist insofern völlig richtig, die Antigewaltarbeit in Berlin weiterzuentwickeln und auszubauen. Auch das war schon das Anliegen und Vorhaben der Koalition zuvor. Insofern sind wir dankbar, dass dieses Anliegen weiter aufgegriffen und im demokratischen Konsens geteilt wird. Wir sind insofern auch sehr gespannt darauf, wie die IGSV, deren Weiterentwicklung ja noch aussteht, aussehen wird, wenn wir als Parlament sie erhalten, denn in der IGSV war ja von Anfang an dieser Antigewaltbereich ein zentraler Schwerpunkt.

Weiterentwicklung ist gut, es ist dennoch auch sinnvoll zu schauen, was es gerade schon gibt an Antigewalt- und Präventionsarbeit. Auch da ist ja in den letzten Jahren einiges passiert, beispielsweise, dass geschaut worden ist, dass die Antigewaltprojekte auch stadtweit aktiv werden und nicht mehr nur in einzelnen Bezirken sind. Auch der Besprechungspunkt, den wir heute angemeldet haben, nämlich „Berliner Monitoring trans- und homophobe Gewalt“, gehört mit dazu, ein zweijähriger Bericht, eine Studie, durchgeführt von Camino, wo in diesem Fall auf über 280 Seiten mit quantitativen und qualitativen Analysen gearbeitet wird, um Zahlen, aber auch die Arbeit zusammenzutragen. Das ist bundesweit einmalig. Bei der letzten Studie wurde eine große Lücke geschlossen mit dem Schwerpunkt auf lesbenfeindlicher Gewalt. Bei der aktuellen Studie, die wir jetzt erhalten haben, ist der Schwerpunkt transfeindliche Gewalt.

Ich glaube – wenn ich einen Satz zitieren darf –, was uns alle aufschrecken muss, ist die Aussage, die relativ zu Beginn steht: „Transfeindliche Gewalt ist allgegenwärtig und normalisiert.“ Das ist ein zentraler Befund, mit dem wir umgehen müssen, auch politisch umgehen

müssen, und deswegen ist die Frage, wie wir Transfeindlichkeit im Besonderen begegnen können, und ich bin sehr dankbar, dass wir heute mehr zu den Zahlen erfahren werden und insgesamt mit allen Expertinnen, die heute hier sind, in die Diskussion treten können, selbstverständlich auch über Transfeindlichkeit hinaus.

Eine kleine Schlussbemerkung: In der letzten IGSV ist der erste Punkt – überhaupt in der IGSV als erste Maßnahme, denn Gewaltprävention und Antigewaltarbeit ist der erste Punkt auch in der IGSV von 2019 gewesen – Präventionsarbeit und Prävention an Schulen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns auch damit befassen müssen, dass die aktuelle Koalition erneut, wie das schon vor zwei Jahren passiert ist, die Schulaufklärungsprojekte gerade im Bereich queer und Antidiskriminierung gekürzt oder gestrichen hat. Wir sollten heute auch darüber reden, wie damit umzugehen ist, denn die Präventionsarbeit gehört wesentlich mit dazu. Aber jetzt übergebe ich sehr gerne an die Anzuhörenden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Jetzt kommt die Expertise dran. Bevor Frau Lölhöffel das Wort bekommt, noch ein kurzer Hinweis: Wir werden auf die Uhr schauen, und nach fünf Minuten winke ich einmal hier so ganz groß, so ein bisschen Sporteinsatz, und dann bitte ich Sie, so langsam zum Schluss zu kommen, damit ich Sie nicht unterbrechen muss. Dann machen wir das so. – Bitte, Sie haben das Wort!

Lea Lölhöffel (Berliner Register): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung in den Ausschuss! Mein Name ist Lea Lölhöffel von der Koordinierung der Berliner Register. Wir haben den Bericht „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ der IMK und auch das „Berliner Monitoring trans- und homophobe Gewalt“ von Camino zur Kenntnis genommen. Das zeigt, es geht hier um Sicherheit im öffentlichen Raum, im Kontakt mit Behörden, mit Ärztinnen und Ärzten und Nachbarinnen und Nachbarn. Deswegen möchte ich ein Schlaglicht auf LGBTIQ-Feindlichkeit, insbesondere Transfeindlichkeit in Berlin werfen.

Unsere Beobachtung ist: Es gibt einen deutlichen Anstieg der LGBTIQ-Feindlichkeit seit mehreren Jahren. Im Jahr 2020 haben wir 169 Vorfälle dokumentiert, im Jahr 2022 239. Das ist ein deutlicher Anstieg. Auch die PMK-Statistik oder Berichte anderer zivilgesellschaftlicher Träger und auch die Wahrnehmung der Community decken diese Entwicklung. Es zeichnet sich im Jahr 2023 ein neuer Höchststand ab. Wir befinden uns bereits jetzt, im August, auf dem Vorjahresniveau von Ende Dezember.

Die Gründe dafür sind zum einen eine steigende Sensibilität in der Gesellschaft, eine zunehmende Vernetzung und Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community, auch eine zunehmende Sichtbarkeit nach der Pandemie, aber es passiert auch einfach mehr. Es ist eben auch die gesellschaftliche Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz und damit einhergehend die Ablehnung von Menschenrechten für queere Menschen. LGBTIQ-Feindlichkeit ist geprägt durch den hohen Anteil von Angriffen und Bedrohungen. 57 Prozent zählen wir hier, das ist das Zweifache bis Dreifache im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen. 111 der 220 im Jahr 2023 dokumentierten Vorfälle haben wir in den Monaten Juni und Juli, also während des Pride Month dokumentiert. Daran sehen wir, dass es sich hier eben auch um ein Phänomen handelt, wo trans Menschen und andere LGBTIQ-Menschen zur Zielscheibe werden.

Transfeindlichkeit als Teilgebiet der LGBTIQ-Feindlichkeit ist erstaunlich hoch. Die trans Community ist ja eigentlich, verglichen zum Beispiel mit der schwulen Community in dieser Stadt, vergleichsweise klein. Es gibt wenige Communityorte. Dann überrascht doch, wie sehr die transfeindliche Gewalt angestiegen ist. Wir zählten von 2020 bis 2022 einen deutlichen Anstieg auf 18 Angriffe, 26 Bedrohungen und auch auf sechs Grabschändungen. Trans Menschen sind Zielscheibe auf der Straße, sobald sie sichtbar sind. Es trägt also auch ein vorherrschendes Männlichkeitsbild dazu bei, wovon auch ein Anstieg der Angriffe auf schwule Männer im laufenden Jahr 2023 zeugt. Hierzu trägt bei, dass sich Täter selten vor Konsequenzen fürchten. Die Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz zeigte sich aber auch im Straßenbild in Aufklebern, Graffitis und Plakataktionen, und der Trend setzt sich dieses Jahr, 2023, fort. LGBTIQ-Menschen erleben ein hohes Maß an Gewalt, und zugleich erfahren sie gesellschaftlich enormen Druck, der die Solidarität der Gesellschaft und politische Maßnahmen erfordert.

Das Land Berlin tut bereits eine Menge mit LSBTI-Ansprechpersonen in Staatsanwaltschaft und im LKA, mit bezirklichen Queerbeauftragten und den Landesprogrammen und vielen Beratungsangeboten. Es bedarf zusätzlich der Qualifizierung staatlicher Stellen, es bedarf einer Finanzierungs- und Planungssicherheit für bestehende Beratungsangebote, und es bedarf der Füllung von Leerstellen wie zum Beispiel Beratungsangebote für Intermenschen, die fast gar nicht ausgebaut sind. Es gibt keine geförderte Beratung explizit für bisexuelle Menschen, und es gibt wenige intersektionale Angebote zum Beispiel für LSBTI mit Behinderung und/oder Fluchterfahrung. Es bedarf auch eines Ausbaus transspezifischer Programme. Wir sehen, dass es einer weiteren Erhellung des Dunkelfelds, sowohl staatlich als auch niedrigschwellig zivilgesellschaftlich, bedarf. Wir sehen, dass es einer Gewaltprävention bedarf, insbesondere bei jungen Männern, die hier oft zu LGBTIQ-feindlichen Tätern werden. Aber ganz entscheidend ist, Betroffene ernst zu nehmen und in diese Weiterentwicklung einzubinden. – Ich bedanke mich!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Das war perfekt, noch nicht mal ganz fünf Minuten. Vielen Dank! Zwei Sekunden fehlten. – Dann hat jetzt Frau Naujoks das Wort. – Bitte!

Clara Naujoks (L-Support e. V.): Guten Tag! Ich bedanke mich auch für die Einladung von L-Support. Es ist richtig und wichtig, dass wir hier auch Stellung beziehen dürfen. Ich möchte mich in meiner Stellungnahme besonders auf den Abschlussbericht des Arbeitskreises Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt konzentrieren, an dem L-Support auch mitgewirkt hat. Zuerst ein kurzes Eingehen auf die aktuelle Lage: Ich kann absolut den Punkten zustimmen, die gerade schon von Lea Lölhöfel angesprochen wurden. Wir sehen eine extreme Steigerung in unseren Fallzahlen. Bei uns ist es im Vergleich zum Vorjahresniveau, also zu den Zahlen Ende Dezember, sogar so, dass wir jetzt schon eine Steigerung um 50 Prozent festzustellen haben, was wirklich eklatant ist. Das zeigt natürlich auf der einen Seite im positiven Sinne, dass vielleicht auch die Anzeigebereitschaft bei Meldestellen wie L-Support gestiegen ist. Auf der anderen Seite ist es aber auch erschreckend und zeigt, dass mehr Sichtbarkeit der Community auch zu mehr Vorfällen führt und wir, wie auch gerade schon erwähnt, eine Zielscheibe sind. Es zeigt auch die Relevanz dieses Themas, das wir heute hier diskutieren.

Wir setzen in unserer Beratungsarbeit vor allem auch immer einen Schwerpunkt auf Menschen, die mehrere Diskriminierungsmerkmale aufweisen, und möchten darauf hinweisen,

dass dieses Thema komplex und verzahnt ist. Viele Menschen, die zu uns in die Beratung kommen oder Fälle melden, sind sowohl von Sexismus als auch von Queerfeindlichkeit und von Transfeindlichkeit betroffen, und es ist eben so, dass hier Gewalt oft chronisch und täglich geschieht und sich nicht in einzelnen Fällen oder Übergriffen zeigt, obwohl wir diese auch verzeichnen können.

Es ist uns besonders wichtig zu sagen, dass diese verzahnte Form von Gewalt oft in Statistiken unsichtbar wird, weil zum Beispiel auch in Polizeistatistiken vielleicht nur ein Diskriminierungsmerkmal erfasst wird, das in eine Tabelle gesteckt wird, und dann vielleicht nicht klar wird, dass ein lesbisch-queeres Paar, das sexistisch angemacht wird oder sexualisierte Gewalt erfährt, tatsächlich eben auch Queerfeindlichkeit erlebt, was uns besonders wichtig ist hervorzuheben.

Zu den Handlungsempfehlungen, die im Abschlussbericht des Arbeitskreises Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt festgehalten sind, möchten wir Stellung beziehen und sagen, dass L-Support an diesen Handlungsempfehlungen mitgearbeitet hat und wir alle diese Handlungsempfehlungen unterstützen und ihnen zustimmen. Besonders hervorzuheben ist ein Punkt, der gerade schon angesprochen wurde: Wir brauchen ein bundesweites Lagebild von Hasskriminalität, besonders queerfeindlicher Hasskriminalität. Wir brauchen auf der einen Seite eine Übersicht vom BKA, dass Daten wirklich auch bundesweit erfasst werden, wir brauchen allerdings auch ganz viele Dunkelfeldstudien, um das große Forschungsdefizit zu schließen, das derzeit besteht. Wir fordern ebenfalls, dass in allen Bundesländern Ansprechpersonen für LSBTIQ bei den Polizeibehörden eingesetzt werden, welche es in Berlin schon gibt.

Als Opferberatungsstelle ist es uns besonders wichtig zu sagen, dass es eine noch engere Zusammenarbeit geben muss zwischen Polizei, Beratungsstellen, aber auch queeren Selbstvertretungen. Es muss insbesondere auch in Berlin geschafft werden, dass es wieder einen guten Datenaustausch zwischen allen Stellen geben kann, der einfach momentan behindert ist, was dazu führt, dass wir Schwierigkeiten haben, überhaupt zu sehen: Wo gibt es Bedarfe? Wo laufen Personen an und suchen eigentlich nach weiteren Beratungsmöglichkeiten, finden diese allerdings nicht?

Wir brauchen auch einen Ausbau und eine Verstärkung der Schulungen von Personal der Polizeibehörden. Wir sehen hier, dass es einfach mehr Sensitivität im Umgang mit intersektionaler Gewalt bedarf; diese zu erkennen und richtig darauf zu reagieren. Wir finden es ebenso sehr wichtig, dass in Präventionskonzepten mehr investiert wird, dass wir nicht mehr nur reagieren auf Gewalt, sondern diese präventiv verhindern können. Wir sehen, dass es in den Opferberatungsstellen momentan die Verantwortung gibt, Prävention zu leisten, aber auch auf Gewalt zu reagieren und Betroffene zu beraten. Es ist oft so, dass diese beiden Aufgaben im Arbeitsalltag miteinander konkurrieren und Beratungsstellen sich dann zerrissen fühlen und natürlich zuerst auf die Beratung betroffener Personen eingehen und Prävention einfach viel zu kurz kommt. Da müssen große Lücken geschlossen werden. – Ich freue mich auf Nachfragen und beende meine Stellungnahme an diesem Punkt. Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Auch Ihnen ein großes Dankeschön, auch grandios in der Zeit geblieben, ein bisschen mehr als Frau Lölhöffel, aber alles gut! Wunderbar! – Dann hat jetzt Frau Dr. Riese das Wort. – Bitte!

Dr. Sarah Riese (Camino gGmbH): Auch ich danke herzlich, dass ich hier sein und berichten kann.

BERLINER MONITORING TRANS- UND HOMOPHOBE GEWALT 2022
THEMENSCHWERPUNKT: TRANSFEINDLICHE GEWALT

Dr. Sarah Riese

Berlin, den 31. August 2023

CAMINO
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
Fachbereich LSBTI

IGSV

BERLIN
Senatverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

LSBTIQ*-FEINDLICHE HASSKRIMINALITÄT

- LSBTI-feindliche Gewalt und Kriminalität nimmt – auch in Berlin – zu
- Der Anstieg erstreckt sich auf Hasskriminalität und Hassgewalt

Entwicklung LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität in Berlin

Jahr	PMK LSBTIQ*-Feindlichkeit	Gewalt LSBTIQ*-Feindlichkeit
2013	132	46
2014	82	26
2015	117	44
2016	166	65
2017	172	63
2018	230	72
2019	358	92
2020	423	110
2021	529	131
2022	542	164

Datenquelle: Daten des LKA Berlin (Polizei Berlin 2023), 2013 bis 2022, absolute Fallzahlen, eigene Auswertung und Darstellung.

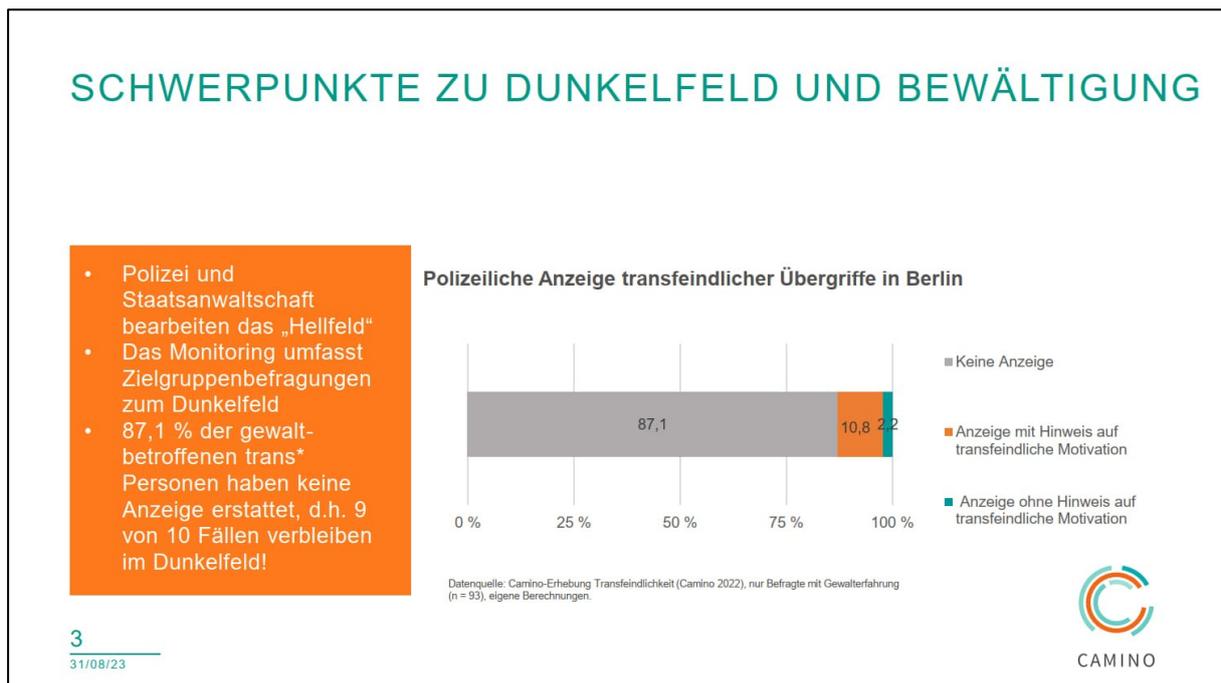
CAMINO

2
31/08/23

Ich stelle ein paar Kernbefunde des schon angesprochenen „Berliner Monitorings trans- und homophobe Gewalt“ vor. Das Monitoring wertet ja einerseits polizeiliche und zivilgesellschaftliche Daten zu LSBTI-feindlicher Gewalt übergreifend aus und führt andererseits auch eigene Erhebungen zu Themenschwerpunkten durch. Ich sage einmal allgemein etwas und

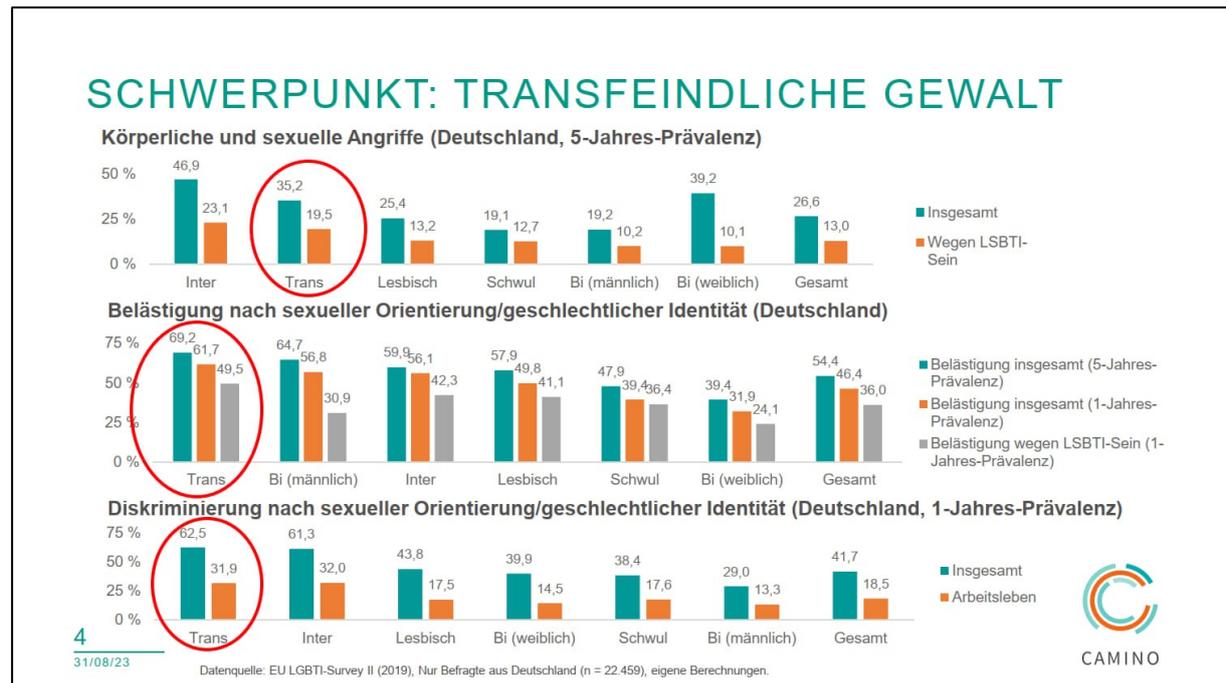
komme dann vor allem zum Themenschwerpunkt der letzten Ausgabe, nämlich Transfeindlichkeit.

Allgemein – das ist gerade schon gesagt worden und auch sonst nicht neu, aber trotzdem wichtig – ist zu sagen: LSBTI-feindliche Gewalt und Kriminalität nehmen auch in Berlin zu. Zwischen 2013 und 2022 haben sich die Fälle, die die Polizei in diesem Themenfeld dokumentiert, vervierfacht, die Gewaltvorfälle im selben Zeitraum ungefähr ver-3,5-facht. Das sind jetzt im Vergleich zu den Zahlen, die Sie aus dem Monitoringbericht kennen, schon wieder etwas aktualisierte Daten.



Wichtig ist auch: Ein Großteil der Übergriffe, die geschehen, landet gar nicht in dieser Statistik; das sind dann nämlich Fälle, die eben nicht angezeigt werden. Das ist jetzt hier aus unserer eigenen standardisierten Befragung zu Transfeindlichkeit, wo man sieht: Knapp neun von zehn Fällen, die Menschen, die da befragt wurden, widerfahren sind, sind nicht angezeigt worden. Deswegen ist es eben wichtig, auch auf anderen Wegen Daten zu erheben. Das haben wir im Rahmen des Monitorings getan, zum Beispiel durch diese Onlinebefragung, auch durch Interviews und durch Auswertung weiterer Datenquellen. Dazu komme ich jetzt und bin dann mitten beim Themenschwerpunkt Transfeindlichkeit.

Einmal ist zu sagen: Trans Personen sind auch innerhalb des Spektrums von LSBTIQ noch mal besonders häufig von Gewalt und Diskriminierung betroffen. Dazu lässt sich anhand polizeilicher Daten im Moment erst mal gar nicht so besonders viel sagen, weil geschlechtliche Identität erst kurz und auch noch nicht sehr konsistent und trennscharf erfasst wird. Es gibt aber Befragungsdaten der EU dazu, die wir uns angeschaut haben, und da sieht man: Trans Personen sind schon besonders häufig betroffen.



Da fehlt jetzt eine Folie, auf der Daten aus unserer Befragung sind, aus denen hervorgeht: Zwei Drittel der Menschen, die wir befragt haben, haben in den letzten fünf Jahren Gewalt erfahren. Bei knapp der Hälfte lag der Vorfall weniger als ein Jahr zurück. Da geht es viel um Beleidigungen, aber zu über einem Drittel auch um schwere körperliche Gewalt und zu einem Drittel um sexualisierte Gewalt.

SCHWERPUNKT: TRANSFEINDLICHE GEWALT

Transfeindliche Gewalt ist allgegenwärtig.
Trans* Menschen können sich auch in einer Großstadt wie Berlin nicht ohne Weiteres frei bewegen.

„Ich muss auf der Straße ... immer aufpassen, welche Menschen um mich herum sind. Also ich habe immer diesen Alarm in mir ...“

„Also es gibt keine Orte, wo ich mir keine Gedanken mache“

„Das heißt, ich muss mir komplett überlegen, was ist jetzt mein Ziel, wo will ich jetzt hin, wie sicher ist der Zielort und wie sicher ist der Weg dorthin, und meistens ist nichts davon sicher.“

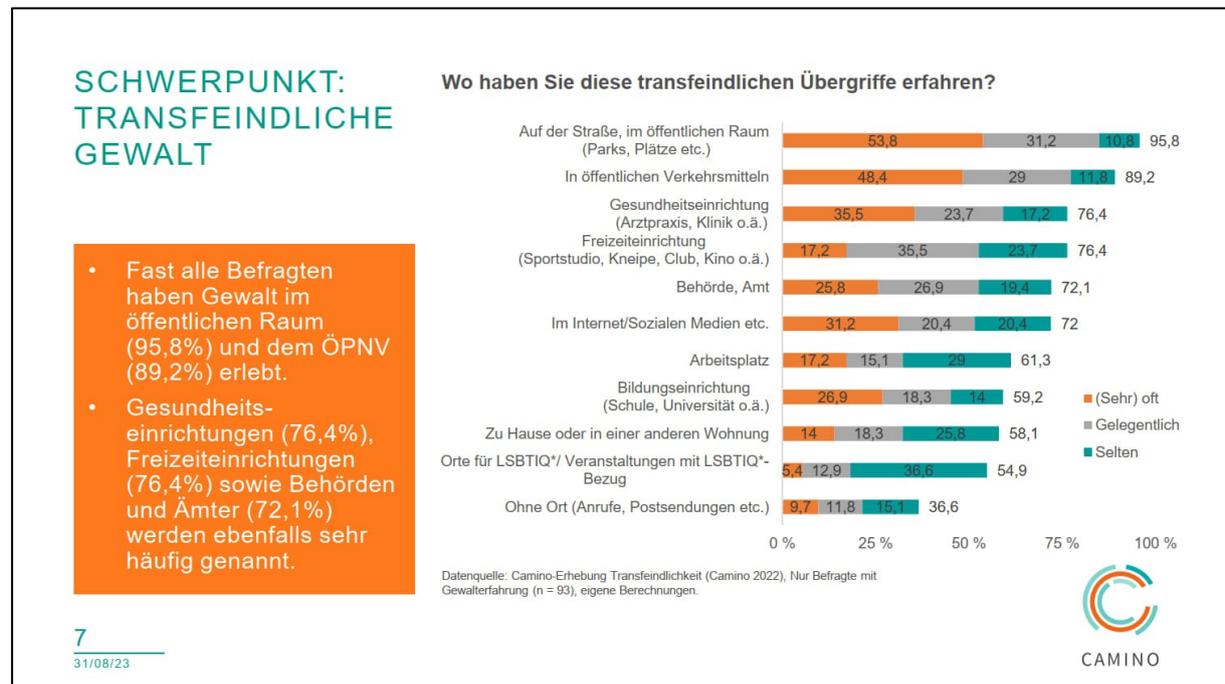
Der Umgang mit Behörden oder dem Gesundheitswesen wird oft als gewalttätig empfunden:
Wenn medizinische Hilfe verwehrt wird, Betroffene anhaltend misgündert werden oder Transgeschlechtlichkeit pathologisiert wird.

„Also wenn Du von so einer Stelle so eine Gewalt erfährst, dann erschüttert das dein ganzes Vertrauen in den ganzen Rechtsstaat, wo du denkst ..., du verlierst doch eh. Wenn die Würde des Menschen noch nicht mal da irgendwie was zählt.“

6
31/08/23

Wie stellen also Betroffene transfeindliche Gewalt dar? – Das ist gerade auch schon angesprochen und zitiert worden. Transfeindliche Gewalt, das berichten Menschen in den Inter-

views, ist allgegenwärtig. Trans Menschen können sich auch in einer Großstadt wie Berlin nicht ohne Weiteres frei bewegen. Gerade der öffentliche Raum wird als konstant bedrohlich erlebt, das öffentliche Straßenland, der öffentliche Nahverkehr, Gegenden rund um Bahnhöfe und Haltestellen, Ausgehorte. Viele Befragte geben an, dass sie vermeiden, nachts vor die Tür zu gehen oder das jedenfalls nicht alleine tun, dass sie dunkle Straßen und Parks meiden und dergleichen mehr. Das wird in den Interviews beschrieben als so eine Art ständige Alarmsituation.



Auch wichtig ist: Transfeindliche Gewalt umfasst mehr als körperliche Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen, sondern sie findet eben auch statt, wenn die Identität von Trans Personen anhaltend nicht anerkannt oder abgewertet wird. Auch das passiert überall, ganz besonders oft ist uns das aber in Bezug auf Behörden und das Gesundheitswesen berichtet worden, und dabei sind das ja Institutionen, die eigentlich unterstützend sein sollen und auf die man vielfach ja auch angewiesen ist. – Entschuldigung! Das ist eine alte Version der Präsentation, deswegen komme ich hier ein bisschen durcheinander.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wenn Sie es uns nicht sagen, wissen wir es nicht. Also von daher: Es ist für uns alles neu und gut.

Dr. Sarah Riese (Camino gGmbH): In unserer Befragung haben wir natürlich auch gefragt, wo Menschen Gewalt erfahren. Diejenigen, die in den letzten fünf Jahren Gewalt erlebt haben, haben nahezu alle Gewalt im öffentlichen Raum erlebt. Als Nächstes kommen dann aber schon Gesundheitseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen und Ämter. Auch zu sagen ist: Es gibt in Berlin ja im bundesweiten Vergleich eine relativ gute Infrastruktur der Unterstützung für Betroffene. Gleichzeitig reichen die Kapazitäten aber auch bei Weitem nicht aus, das ist gerade ja auch schon dargestellt worden. Ob Polizei, Justiz, Gesundheitswesen als Teil des Problems oder als Teil der Lösung und als unterstützend erlebt werden – das ist in unseren Interviews ganz häufig auch dargestellt worden –, hängt ab von der Professionalität der jeweiligen

Ansprechperson. Wo das jeweilige Gegenüber kompetent war im Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und transspezifischen Themen, wurden diese Institutionen häufig auch als unterstützend beschrieben.

SCHWERPUNKT: TRANSFEINDLICHE GEWALT

Die Interviewten beschreiben die Infrastruktur und Angebote für trans* Personen in Berlin als im innerdeutschen Vergleich verhältnismäßig gut, aber ausbaufähig.

- Die communitynahen Beratungseinrichtungen sind vielen der Betroffenen bekannt.
- Ob Polizei, Justiz, Gesundheitswesen als unterstützend erlebt werden, hängt vor allem von der Professionalität der jeweiligen Ansprechpersonen ab.

8

31/08/23



CAMINO

EMPFEHLUNGEN (AUSWAHL)

- Transspezifische Anti-Gewalt-Arbeit und Beratungsangebote auf-/ausbauen
- Professionsspezifische Qualifizierung zur Teilhabe von trans* Personen
- Geschlechtliche Identität und Diversität in polizeilicher Statistik berücksichtigen und Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Dokumentations- und Meldestellen zu Hassgewalt fördern

9

31/08/23



CAMINO

Damit komme ich zu einer kleinen Auswahl der Empfehlungen des Berichts, einmal – das ist auch schon gesagt worden – Ausbau transspezifischer Antigewaltarbeit und zweitens – das finde ich wichtig –: In Behörden, Polizei, Justiz, Gesundheitswesen, Schule braucht es Qualifikationen zur gleichberechtigten Teilhabe von trans Personen. Die Perspektive sollte da mei-

nes Erachtens weniger eine von Sensibilisierung, sondern eher von Professionalisierung sein, weil trans Personen ja ein Recht darauf haben, durch diese Stellen nicht diskriminiert zu werden und diese Institutionen entsprechend in der Verantwortung sind, Sorge dafür zu tragen, dass sie den Belangen und Anliegen von trans Personen diskriminierungsfrei gerecht werden können. Drittens – auch das ist schon gesagt worden –: Geschlechtliche Identität und Diversität müssen auch in der polizeilichen Statistik besser berücksichtigt werden. Da decken sich unsere Empfehlungen sehr mit denen des Arbeitskreises im Auftrag der IMK. Weil polizeiliche Daten immer nur einen bestimmten Ausschnitt erfassen, sollten auch die zivilgesellschaftliche Dokumentation und die wissenschaftlichen Erhebungen gestärkt und weiterentwickelt werden. – Damit bin ich am Schluss angekommen. Danke schön!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Das Monitoring trans- und homophobe Gewalt im Netz:

<https://www.lsbti-monitoring.berlin>

10
31/08/23



Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank auch für Ihre Präsentation! Sie geben uns ja die aktuelle Version. Dann hängen wir das ans Protokoll, dann haben alle alle Folien. Wunderbar! – Dann hat jetzt Frau Wilken das Wort. – Bitte sehr!

Jenny Wilken (Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V.): Sehr gerne! Sehr geehrte Vorsitzende! Liebe Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Als eine der beiden Bundesvertretungen für trans, inter und nicht-binäre Personen sehen auch wir die Zunahme der Gewalt sehr kritisch und beobachten das mit Sorge. Auch deshalb waren wir mit in dem Arbeitskreis der Innenministerkonferenz vertreten und haben uns dort eingebracht.

Transfeindliche Gewalt oder Gewalt gegen geschlechtliche Vielfalt findet eben nicht nur im öffentlichen Raum statt, sondern vor allen Dingen auch im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich wie Schule, Vereine, Familien, Behörden oder am Arbeitsplatz. Wie schon gesagt: Die Wahrscheinlichkeit, von Hasskriminalität betroffen zu sein, erhöht sich sehr stark, wenn Personen aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert werden, insbesondere auch durch Herkunft und Migrationshintergrund.

Ein Problem ist dabei vor allen Dingen, dass viele, gerade auch migrantische LSBTIQ oder TIN-Personen durch traumatische Erfahrungen, Flucht etc. Polizei und Behörden eher kritisch gegenüberstehen bzw. feindliche Erfahrungen gemacht haben und dann Anzeigen nicht stellen. Hier müssen durch die Ansprechstellen LSBTIQ innerhalb der Polizei mehr Verbindungen zur Community geschaffen werden. Sie müssen an Communitytreffen wie beispielsweise dem CSD, dem Stadtfest etc. teilnehmen, sichtbar werden und vor allen Dingen mit den Vertretungen und Communityorten in Kontakt treten wie beispielsweise Casa Kuà, um da eben auch die Anzeigebereitschaft zu stärken. Daran können auch Stellen wie Maneo und L-Support mit Kampagnen beteiligt werden. Letztlich brauchen wir auch eine große Studie zur Aufhellung des Dunkelfelds. Das wurde auch schon gesagt. Das ist essenziell, um vor allen Dingen auch Tätergruppen noch mal stärker zu identifizieren.

Was auffällt, ist – das haben wir auch im Bericht als eine der Maßnahmen festgestellt –, dass Beratungsstellen und Opferberatungsstellen strukturell gestärkt werden müssen. Hier ist nach wie vor eine Unterfinanzierung gegeben, und das ist für uns vor allen Dingen ein Zeichen, dass Trägerinnen und Träger sich da stärker beteiligen können und eine stärkere Vernetzung gegeben ist. Der Runde Tisch im nächsten Quartal ist schön und gut, aber aus unserer Sicht: Je schneller, desto besser!

Die Weiterentwicklung intersektionaler Perspektiven in der Präventionsarbeit, insbesondere in Schule und Bildung, zu geschlechtlicher Vielfalt ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Deshalb können wir nur dafür plädieren, hier die bestehenden Angebote zu stärken und auch Finanzierungen sicherzustellen.

Ein wichtiger Punkt ist auch der gemeinsame Kampf gegen Gewalt – man sieht es auch an der Zunahme von Gewalt im Sport –; dass man hier alle relevanten Akteurinnen und Akteure einbezieht, um Maßnahmen gegen Gewalt und Hasskriminalität zu stärken. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Auch Ihnen ein großes Dankeschön! – Sie waren alle in der Zeit, grandios. Das erlebt man nicht so häufig bei Anhörungen, das will ich hier einmal hervorheben. Vorbildlich. Vielen Dank dafür! – Dann hat jetzt die Senatorin die Möglichkeit für eine Stellungnahme. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Sachverständige! Ich möchte mich ganz herzlich für Ihre Stellungnahmen zu diesem sehr wichtigen Thema bedanken. Ich freue mich auch, dass wir uns heute zu diesem sehr wichtigen Thema der LSBTIQ+-Feindlichkeit mit Ihnen und gemeinsam mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern austauschen können.

Ich möchte noch einmal betonen, dass sich auf Initiative des Landes Berlin die Konferenz der Innenministerinnen und Innenminister 2021 erstmalig überhaupt mit dem Thema LSBTIQ+-feindliche Gewalt befasst und beschlossen hat, Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung dieser Hassgewalt zu erstellen. Diese liegen nun auch vor. Berlin ist hier also Vorreiter, muss man sagen. Wir haben als neue Landesregierung in den Richtlinien unserer Regierungspolitik festgehalten, dass wir die Handlungsempfehlungen des Bundes umsetzen werden. Federführend ist hier die Senatsverwaltung für Inneres; das will ich auch betonen. Eine entsprechende Maßnahme wurde von uns bereits in den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 aufgenommen, der aktuell im Entstehen ist.

An der Umsetzung der Empfehlungen sind verschiedene Senatsverwaltungen beteiligt, das ist auch nachvollziehbar. Ich möchte betonen, dass es bei den Empfehlungen insbesondere um Verbesserungen für die statistische Erfassung – die Dunkelziffer wurde hier ja auch angesprochen – von Hasskriminalität, die Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft, um Ansprechpersonen für LSBTIQ+ in den Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, die Aus- und Fortbildung der Polizei, die Aufhellung des Dunkelfeldes und Prävention sowie um Änderungen im Strafrecht und weiterer Vorschriften gehen muss. Wir haben im Land Berlin über die LSBTIQ+-Aktionspläne eine bundesweit einmalige Infrastruktur. Daran sind natürlich auch die Vorgängerregierungen maßgeblich beteiligt gewesen. Das ist bundesweit wirklich einmalig. Man muss das einfach auch mal erwähnen.

Diese Infrastruktur umfasst die Opferberatung, um Schutz und Monitoring aufbauen zu können, in der bereits zahlreiche Empfehlungen seit Jahren ressortübergreifend umgesetzt werden. Hier will ich nennen: die Opferberatungseinrichtungen, zwei Schutzwohnungen bei häuslicher Gewalt und Zwangsverheiratung, die Ansprechpersonen der Polizei Berlin, die Ansprechpersonen für LSBTIQ+ der Staatsanwaltschaft Berlin, das „Berliner Monitoring trans- und homophobe Gewalt“ als Lagebericht für Berlin im Auftrag des Senats, das seit 2020 alle zwei Jahre erscheint, womit wir uns heute in dieser Ausschusssitzung auch befassen werden, umfangreiche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Polizei selbst und durch die Polizei, öffentlichkeitswirksame Berichterstattung durch die Polizei bei LSBTIQ+-feindlichen Vorfällen.

Diese Empfehlungen der Innenministerinnen- und Innenministerkonferenz unterstützen dabei die strategischen Ziele des Senats. Wir wollen nämlich bedarfsgerechte Beratung, Begleitung und Schutz von unmittelbar und mittelbar von homo- und transphober Gewalt Betroffenen vorhalten und das Vertrauen in die Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden stärken. Wir wollen natürlich auch die Anzeigebereitschaft zur Erhellung des Dunkelfeldes erhöhen, Erkenntnisgrundlagen und Dokumentation durch Monitoring verbessern. Wir wollen den Schutz vor Gewalt im Strafvollzug weiterentwickeln, Handlungskompetenz und Sensibilität in den Behörden, vor allem der Polizei, der Staatsanwaltschaft und im Strafvollzug steigern, den Fachaustausch und die Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Akteurinnen und Akteure intensivieren und verstetigen. Mein Haus trägt zur Umsetzung weiterer Empfehlungen in Ihrer

Zuständigkeit für die Belange von LSBTIQ+ im Rahmen der Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen über den Aktionsplan, den wir erarbeiten, bei.

Darüber hinaus will ich erwähnen – da wir auch die Haushaltsverhandlungen hatten und die Gespräche jetzt wieder anfangen –, dass, vorbehaltlich des Beschlusses zum Haushaltsgesetz 2024 und 2025, folgende Vorhaben geplant sind: Es geht dabei um die Fortführung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Antigewaltarbeit aus Präventions-, Beratungs- und Empowermentangeboten, der Schutzwohnungen sowie des „Berliner Monitoring trans- und homophobe Gewalt“. Darüber hinaus geht es natürlich darum – Frau Wilken hat es angesprochen –, den Runden Tisch „Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität“ mit staatlichen Vertreterinnen und Vertretern einzusetzen. Aus unserer Sicht muss das natürlich so schnell wie möglich passieren. Wir wollen den Runden Tisch mit staatlichen Vertreterinnen und Vertretern, Sicherheitsbehörden, zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern, insbesondere aus den LSBTIQ+-Communitys, der Wissenschaft und weiteren Expertinnen und Experten einberufen. Darüber hinaus planen wir, mit dem Runden Tisch eine Landesstrategie zu entwickeln, um mehr für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit zu tun.

Von der Senatsinnenverwaltung ist Herr Kollege Schützeberg mit dabei. Er kann, wenn Sie es wünschen, natürlich zur Umsetzung der Empfehlungen aktuell etwas sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich denke, wir nehmen jetzt die Fragen der Fraktionen dran, und dann könnten Sie aus der Innenverwaltung gerne darauf reagieren. Einverstanden? – Gut. Dann sind schon die ersten Wortmeldungen aufgenommen worden. Ich lese sie einmal vor, damit Sie wissen, wer wann drankommt. Es startet Herr Lederer, dann Herr Lindemann, Frau Knack, Frau Neumann, Herr Matz, Herr Özdemir, Frau Neugebauer und Frau Eralp. In der Reihenfolge rufe ich dann auf. – Herr Lederer, bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch, dass der Themenkomplex hier heute intensiv beraten wird. Ich teile die Einschätzung, dass das ein absoluter Quantensprung ist, dass sich eine IMK auf den Prozess, auf den Weg gemacht hat, sich prozesshaft mit dem Themenkomplex homo- und transphobe Gewalt zu befassen. Da inzwischen schon entsprechende Ergebnisse vorliegen, beziehe ich mich jetzt tatsächlich einerseits auf das Monitoring und andererseits auf den Abschlussbericht, wobei sich das zum Teil in meinen Fragen überschneidet.

Ich will allerdings vorweg auch noch mal sagen, weil es ein Querschnittsthema ist und das hier nicht der Ausschuss ist, der sich haushälterisch mit der ganzen Frage befasst: Ich kann den Unmut von Herrn Walter nur zu gut nachvollziehen, dass es offenbar inzwischen eine immer wiederkehrende Strategie in der Bildungsverwaltung zu sein scheint, die Gewaltpräventionsprojekte für Kinder und Jugendliche erst mal komplett aus dem Haushalt rauszuknallen oder massiv einzukürzen, in dem Bewusstsein oder der Hoffnung wahrscheinlich, dass die Abgeordneten das danach schon wieder in Ordnung bringen werden. Ich finde das unsäglich und ein Unding. Wir brauchen keine Runden Tische – das sage ich übrigens auch zu dem Thema hier –, wenn danach in der Inkonsequenz die Schlussfolgerungen daraus nicht gezogen werden. Der Runde Tisch zum Thema Jugendgewalt ist ja noch nicht allzu lange her. Wir hatten Silvester und danach große Ankündigungen. Von den Ankündigungen ist im Augenblick nicht allzu viel übrig geblieben.

Aber zum Konkreten: Zum einen interessiert mich – ich wäre tatsächlich sehr dankbar, wenn der Kollege aus der Innenverwaltung darauf noch mal eingehen könnte – das Problem des Austausches anonymisierter individueller Falldaten, das hier auch angesprochen worden ist. Das ist ein Thema, das zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Polizei ewig funktionierte und dann aus Datenschutzgründen irgendwann eingestellt worden ist. Es ist gesagt worden, dass der Senat prüft, das wieder zu ermöglichen. Mich würde in der Tat mal interessieren, wie der aktuelle Stand ist und zu welchem Zeitpunkt damit zu rechnen ist, dass dieses Problem lösbar ist oder abgeräumt werden kann oder man zumindest weiß, woran es denn letzten Endes hakt und welche unüberwindlichen Probleme da auftauchen.

An die Anzuhörenden, für deren Stellungnahmen ich mich auch ganz herzlich bedanken möchte, habe ich die Frage: Wie hilfreich oder auch wie nicht hilfreich schätzen Sie die Antidiskriminierungs-App AnDi ein? – Ich vermute ein Stück weit, dass davon noch nicht allzu viele gehört haben, für mich war das zumindest eine Neuigkeit. Kann man etwas dafür tun, dass die möglicherweise stärker eingesetzt werden kann oder auch stärker in Anspruch genommen wird?

Dann gab es dem Monitoringbericht zufolge den Wunsch einzelner Projekte, bei der Veröffentlichung von Statistiken und Falldaten koordinierter vorzugehen, weil man offenbar festgestellt hat, dass die jeweiligen Geschichten immer in so eine Aufmerksamkeitskonkurrenz gehen. Die Frage ist: Inwieweit kann man dabei miteinander kooperieren? Inwieweit ist das, vielleicht auch abgesprochen mit der Polizei, machbar? – Denn auf der anderen Seite ist in dem Monitoringbericht auf Seite 94 festgehalten, dass die Kriterien, die Standards, nach denen die Daten erhoben werden, sich von zivilgesellschaftlicher Einrichtung zu zivilgesellschaftlicher Einrichtung und zur Polizei unterscheiden und es möglicherweise vor dem Hintergrund total sinnvoll wäre, in eine gemeinsame vereinheitlichte Erhebungsmatrix zu gehen. Sonst hat man am Ende immer wieder unterschiedliche Daten, die nicht übereinander passen.

Zur Frage – da komme ich jetzt nicht raus, weil das im Monitoring auch eine Rolle gespielt hat – der institutionellen Gewalt, natürlich insbesondere bei trans Menschen, in Gesundheitsbehörden. Queere Menschen kennen das. In der Breite haben sicher alle schon mal Erfahrungen dazu gemacht. Ich halte nur gerade vor den aktuellen, ja geradezu hasserfüllten Debatten zum Teil die Vulnerabilität bei trans Menschen im Augenblick für besonders groß; das hat auch mit der derzeit aktuellen Situation zu tun.

Wie wird das Verhältnis der Träger zur Polizei und vielleicht auch vonseiten der Communitys aus Ihrer Perspektive wahrgenommen? – Ich weiß, dass es dazu keine festen Daten gibt. Man hört mal hier was, man hört mal da was. Insofern frage ich jetzt eher nach so etwas wie berufspraktischem Gespür. Man muss sich ja nur vor Augen halten: Es ist nicht allzu lange her, da haben der GdP-Sprecher und der DPolG-Landesvorsitzende eine Erklärung zur Richtlinie der Polizei abgegeben, die schon ewig in Kraft ist, die also gar nicht neu ist, die schon ewig Anwendung findet, die nur noch mal überarbeitet worden ist in Bezug auf die Durchsuchung von trans Menschen. Da kann man von Schaum vor dem Mund reden und von der flächendeckenden Ignoranz von Menschenrechten von Berlinerinnen und Berlinern. Ich neige überhaupt nicht dazu, Äußerungen von Vertretern irgendwie zu verallgemeinern. Ich weiß, dass bei der Polizei, insbesondere bei den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auch im Präventionsbereich, eine exzellente Arbeit geleistet wird, das steht ja dann immer auf der an-

deren Seite. Aber in der Regel schaut man aus der Trägerperspektive vielleicht ein bisschen differenzierter, aber aus der Communityperspektive nicht immer genau nach jeder einzelnen Person, sondern nimmt ein Gesamtbild von Staat wahr, das einem da direkt gegenübertritt.

Zur der Frage der deutlich gefallenen Aufklärungsquote bei queerfeindlichen Gewaltdelikten im Jahr 2021: Nachdem die vorher enorm hoch war, ist sie eingebrochen. Lässt sich irgendetwas dazu sagen, was die Gründe dafür sind, dass dieser massive Einbruch stattgefunden hat? – Wenn Sie dazu etwas sagen können, wäre ich total dankbar.

Die letzten beiden Fragen: Wo sehen Sie in Berlin noch besondere Herausforderungen, vielleicht auch Realisierungsdefizite? – Ich teile die Einschätzung der Senatorin, dass hier in Berlin in den vergangenen Jahren eine ganze Menge passiert ist und wir eine gute Basis und eine gute Grundstruktur haben. Nichtsdestotrotz ist aber das Erreichte nie das Erreichbare, wie wir alle wissen.

Und in Richtung Senat die Frage: Weil auf die schriftliche Anfrage von Niklas Schrader und mir der Senat geantwortet hat, dass er die Handlungsempfehlungen prüft, dann entsprechende Weiterentwicklungsmöglichkeiten prüft und dann das Ganze im Haushalt untersetzt, wollte ich nur fragen, ob es schon Fortschritte bei der Prüfung gibt, ob sich irgendwo schon ein Handlungsbedarf offenbart hat und inwieweit die Handlungsempfehlungen im Doppelhaushaltsplanentwurf 2024/2025 Umsetzung gefunden haben. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Herr Lindemann das Wort. – Wenn ich eine Bitte äußern dürfte: Den Anzuhörenden haben wir nur fünf Minuten gegeben. Vielleicht halten Sie sich auch ein bisschen an diesen Zeitrahmen, nicht mehr als fünf Minuten. Danke!

Gunnar Lindemann (AfD): Herzlichen Dank! – Ich habe auch nur drei konkrete Nachfragen. Einmal an Frau Naujoks: Sie hatten gesagt, ein Vorfall, wenn er mehrere Bereiche betrifft, würde dann auch mehrfach in der Statistik erfasst, irgendwie so. – [Zurufe] – Es wurde gesagt, irgendwie so habe ich es verstanden, darum wollte ich nachfragen. Ist wirklich jeder Vorfall nur einzeln? Oder wird der eine Vorfall, wenn er verschiedene Sachen betrifft, mehrfach erfasst?

Die nächste Nachfrage: Wenn ich das bei Frau Lölhöffel richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, viele Täter seien junge Männer. Da wäre natürlich meine Nachfrage: Wie viele dieser jungen Männer haben Migrationshintergrund, insbesondere aus kulturfremden Kreisen, die natürlich nicht unbedingt LGBTQ-freundlich sind, wir sehen das in vielen arabischen Ländern beispielsweise. – [Zurufe] – Fahren Sie mal da hin und sagen: Ich bin schwul oder lesbisch –, dann werden Sie sehen, was da passiert.

Die dritte Frage, die ich allgemein noch habe: Es wird gesagt, wir haben zivilgesellschaftliche Meldestellen, und wir haben eine Polizeistatistik. Ich frage mich, wofür wir hier in Berlin sehr viel Geld für irgendwelche zivilgesellschaftlichen Meldestellen ausgeben, wenn das Gleiche auch bei der Polizei in der Statistik erfasst wird. Das Geld könnte man doch anders sinnvoller ausgeben. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Bevor Frau Knack an die Reihe kommt, möchte ich für das Protokoll nur darauf hinweisen, dass auf Ihre erste und zweite Frage durch Kopfschütteln ver-

neinende Aussagen gemacht wurden. Da das aber nicht akustisch war, habe ich es jetzt wörtlich übermittelt. – Jetzt hat Frau Knack das Wort!

Lisa-Bettina Knack (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch für die Ausführungen! Viele Fragen wurden von der anderen Seite schon gestellt. Ich hätte gern noch gewusst, ob die Meldung über die Internetseiten, die ja auch möglich ist, die Niedrigschwelligkeit erreicht hat, dass dementsprechend auch mehr Meldungen eingehen und die Bandbreite besser erfasst werden kann; denn der Weg zu einer Beratungsstelle ist ja meistens doch etwas höherschwelliger, gerade im Bereich der Gewalterfahrung. Durch eine solche Onlineanzeige oder eine Onlinemeldung ist es ja meistens so, dass die Bereitschaft höher ist.

Dann ist meine wirklich sehr dringende Frage, inwiefern die Vernetzung untereinander da ist, um die Daten alle miteinander abzugleichen, um ein gesamtheitliches Bild zu erhalten. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Neumann, Sie haben das Wort!

Wiebke Neumann (SPD): Danke schön! – Danke auch noch mal an alle Anzuhörenden heute für die Ausführungen! Danke auch, dass Sie immer noch mal Bezug auf die Empfehlungen der IMK genommen haben, denn es ist ja im Koalitionsvertrag verankert, dass wir die umsetzen wollen, und sind da, wie wir gerade gehört haben, auch schon dran. Einige Punkte, wie die Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz sowie die Sensibilisierung für queerfeindliche Gewalt dort, sind darin auch noch mal explizit erwähnt. Das wäre dann auch ein bisschen eine Frage in die Richtung Innenverwaltung, wie weit da schon der Stand ist und was konkret verankert wird.

Vielleicht ein ganz kurzer Schwenk zum Thema Prävention und Bildungsprojekte. Sehr vieles von dem, was hier gesagt wurde, teile ich, und ich glaube, dass uns das an verschiedenen Stellen noch mal beschäftigen wird, weil es wirklich die Grundlage für vieles ist, was wir heute hier diskutieren.

Eine Frage an die Beratungsstellen zur Anzeigebereitschaft: Wir haben in der Statistik gesehen, dass eben nur ein sehr kleiner Teil der tatsächlichen Vorfälle auch angezeigt wird, weshalb es so wichtig ist, dass es auch andere Stellen außerhalb der Polizei gibt, die Vorfälle erfassen. Nichtsdestotrotz ist es ja schon ein Ziel, diese Anzeigebereitschaft zu erhöhen. Vielleicht können Sie darauf noch mal eingehen, was aus Ihrer Sicht geeignete Instrumente dafür wären. Oder liegt es vielleicht manchmal auch ein bisschen daran, noch mehr darüber zu informieren und bekannt zu machen, was wir haben? – Wir haben ja schon gehört, dass es sehr gut ist, dass wir in Berlin Ansprechpersonen bei der Polizei haben und auch viele Beratungsstellen haben, die gute Arbeit leisten. Aber ist das schon bekannt genug? Muss man vielleicht auch noch Instrumente wie den kleinen Zeugenschutz noch mal bekannter machen, damit da vielleicht noch mal eine Hemmschwelle ein bisschen niedriger ist und weggeräumt wird? Ich wäre dankbar, wenn Sie darauf noch mal eingehen könnten. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Jetzt hat Herr Matz das Wort.

Martin Matz (SPD): Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann Ihnen meine Frage sogar gleich ersparen, weil sie gerade durch den Kollegen Lederer schon gestellt worden ist und ich sie nicht noch mal kreativ umformulieren werde.

Ansonsten noch ein kleiner Tipp an den Kollegen Lindemann: Die Antwort auf seine Frage nach der Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen findet sich auf Seite 55 des Monitorings, das uns allen vorliegt und das wir heute hier gemeinsam besprechen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Okay! – Herr Özdemir hat jetzt das Wort.

Orkan Özdemir (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Herr Matz hat gerade die Empfehlung, die ich aussprechen wollte, ausgesprochen. Vielleicht einfach ein bisschen vorbereiten, wenn man in so eine Sitzung geht! Aber gut.

Ich habe zwei ganz kurze Fragen. Es könnte natürlich sein, dass die jetzt in dieser Masse an Fragen irgendwie mitgeklungen haben. Deswegen werde ich sie ganz simpel stellen. Was gibt es bei der Mehrfachdiskriminierung konkret für Auffälligkeiten? – Das wäre noch mal wichtig. Die zweite Frage, die mich persönlich extrem interessiert, weil ich viele Menschen kenne, die mir immer davon berichten, ist zur Diskriminierung von trans Frauen im Gesundheitswesen in Berlin. Das wäre mal superwichtig, glaube ich.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Neugebauer, Sie haben das Wort!

Laura Neugebauer (GRÜNE): Ich werde mich jetzt mal auf drei Fragen beschränken. Meine erste Frage geht in Richtung des Senats. Was plant der Senat zu tun, um die beschriebene Konkurrenz zwischen Prävention und Schutz in Bezug auf queer- und transfeindliche Gewalt, die in der Studie beschrieben wird, aus dem Weg zu räumen, damit beides effektiv stattfinden kann? Welche Konsequenzen sehen Sie aus den momentan angekündigten Kürzungen im Bereich Bildung für die queeren Projekte, für die Prävention von Gewalt gegenüber queeren Menschen? Meine dritte Frage geht auch noch mal in Richtung des Senats. Mich würde interessieren, was die Verwaltung tut, um in Zukunft die in der Studie beschriebenen Vorfälle und Gewalt gegenüber trans Personen durch Behörden zu reduzieren, verwaltungsübergreifend, also nicht nur in einem Senat, sondern in allen Bereichen der Verwaltung.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp, Sie haben das Wort! Ihnen folgt dann Herr Walter. – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Danach fangen wir dann mit den Antworten an. – Bitte, Frau Eralp!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank! – Erst mal vielen Dank an die Expertinnen und Experten für Ihre ausgezeichnete Expertise und Ihre Beiträge! Ich beschäftige mich viel mit der Frage von struktureller und institutioneller Diskriminierung. Deswegen gehen meine Fragen in diese Richtung, weil im Monitoringbericht auch noch mal darauf hingewiesen wird, dass es im Rahmen von Polizeikontrollen, Personenkontrollen zu gewaltsamen Situationen kommt. Generell wird im Kontakt mit Behörden immer häufiger von Diskriminierungen berichtet, was einen natürlich besonders belastet, weil das eigentlich Stellen sind, die einen unterstützen sollen. Wir haben nachher im TOP 5 noch den Bericht der LADG-Ombudsstelle, der zeigt, dass gerade mal ein bisschen über 1 Prozent der Beschäftigten des Berliner öffentlichen Dienstes sich überhaupt zum LADG und zum AGG schulen lassen, worüber ja auch LGBTIQ-Men-

schen geschützt sind, nicht ausreichend – das wollen wir als Linke zumindest ausweiten –, aber trotzdem auch geschützt sind.

Deswegen ist meine Frage, welche Erfahrungen Sie gemacht haben. Fragen beispielsweise Polizei, Justiz, Gesundheitssektor oder Bezirke und Leistungsbehörden? Werden Sie oder andere Träger für Schulungen angefragt? Wie ist Ihre Einschätzung, wie lassen sich öffentliche Einrichtungen und Behörden überhaupt zu den Themen LGBTIQ-Rechte, Diskriminierung in diesem Gebiet, auch Gewalt, schulen? Wie ist da der Professionalisierungsstand, der ja schon angesprochen wurde?

Im Prinzip würde ich diese Frage auch gerne an den Senat stellen, zumindest für die Verwaltungen und die nachgeordneten Behörden, beispielsweise die Innenverwaltung und die Polizei, wie da der Stand ist. Denn die Zahlen, die ich jetzt in dem Bericht im TOP 5 gesehen habe, finde ich eher bedenklich. Das ist lange nicht ausreichend. Mich würde aber interessieren, welche Erfahrungen die Expertinnen und Experten da gemacht haben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, Herr Walter, Sie schließen die Fragerunde der Abgeordneten mit Ihren Fragen ab. – Bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Für mich war es eine gute Nachricht, vom Senat zu hören, dass der Monitoringbericht fortgesetzt werden soll. Ich würde dazu konkret fragen, ob es den Auftrag für 2024 schon gibt, ob auch wieder ein neues Schwerpunktthema gesetzt werden soll und welches Schwerpunktthema das sein könnte. Ich höre jetzt hier heraus, dass Intersektionalität so etwas sein könnte, aber vielleicht haben Sie ja schon Ideen.

Die zweite Frage: Es gibt ja, noch von der alten Koalition auf den Weg gebracht, eine neue Antigewaltberatungsstelle für trans, inter und nicht-binäre Personen bei queerfeindlicher Gewalt. Ist die Arbeit schon aufgenommen worden? Kann man sich schon an die Stelle wenden, oder wie ist der Zeitplan? – Vielleicht können Sie etwas zum aktuellen Stand sagen.

Die Frage zur Datenübermittlung von Polizei und Justiz an zivilgesellschaftliche Projekte wurde jetzt schon mehrfach gestellt. Zuletzt gab es im Mai 2022 im Innenausschuss eine Anhörung zu Queerfeindlichkeit, wo das auch schon aufgetaucht ist. Die Innensenatorin hat damals gesagt, sie prüft das zeitnah, und es sollte eine schnelle Lösung gefunden werden. Insofern dazu auch noch mal die Frage, wie der Stand der Prüfung ist und ob wir erwarten können, dass diese Lücke nun geschlossen wird.

Letzte Frage an den Senat: Im Koalitionsvertrag ist eine Studie in Bezug auf Transfeindlichkeit vereinbart. Jetzt sehen wir diesen großen Monitoringbericht. Deswegen die Frage: Was für ein Gutachten ist damit gemeint? Welche Lücken wollen Sie da möglicherweise noch mal gutachterlich schließen?

An die Projekte auch von mir herzlichen Dank, dass Sie heute da sind und uns von Ihrer sehr wichtigen Arbeit berichtet haben! Die Frage, die mich da umtreibt, ist, wie man mit den Daten umgeht, was ja problematisiert beziehungsweise angesprochen worden ist. Es werden von verschiedenen Projekten sehr unterschiedliche Daten erhoben. Natürlich liegt es nahe, den Datenaustausch zu synchronisieren oder eine einheitliche Erfassung zu machen. Ich frage

mich nur: Auf der einen Seite ist das wünschenswert, auf der anderen Seite gibt es da aber möglicherweise auch Probleme, wenn man so etwas macht. Welche Voraussetzungen sind eigentlich zu erfüllen? Wie bewerten Sie das? Was würden Sie uns dazu sagen, wenn man das will, welche Voraussetzungen sollen erfüllt werden?

Die letzte Frage, auch im Zusammenhang mit aktuellen Diskussionen: Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen transfeindlichem Hass und transfeindlicher Gewalt und den aktuellen Diskussionen um das Selbstbestimmungsgesetz, und wie würden Sie das bewerten? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, Frau Wilken, Sie haben das Wort. – Bitte!

Jenny Wilken (Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V.): Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen herzlichen Dank für die vielen Fragen! Ich versuche, auf ein paar Punkte einzugehen. Zunächst zum Verhältnis von Polizei und LSBTIQ, insbesondere von TIN-Personen, also trans, inter und nicht-binären Personen: Das Verhältnis ist sehr gespalten. Einerseits haben wir gerade in Berlin eine hohe Sichtbarkeit der LSBTIQ-Ansprechpersonen in der Polizei, aber längst nicht jedes Bundesland hat dies. Gerade auch durch persönliche traumatische Erfahrungen mit Polizei oder auch anderen Behörden kann es dazu kommen, dass die Anzeigebereitschaft sinkt oder nicht vorhanden ist und dann eine Polizei als Institution abgelehnt wird.

Wir erleben es immer wieder, dass der Ergänzungsausweis, der von uns herausgegeben wird und vom Innenministerium anerkannt ist, bei Polizeikontrollen nicht anerkannt wird. Es gab erst im letzten Jahr Berichterstattung dazu, beispielsweise bei „Mannschaft“ oder in der „taz“, dass auch hier in Berlin bei Polizeikontrollen der Ergänzungsausweis von Polizistinnen und Polizisten abgelehnt wurde, dass nicht im Polizeisystem DOKIS nachgeschaut wurde, wo er hinterlegt ist. Ein kurzer Blick hätte da gereicht. Obwohl wir auch zusammen mit VelsPol viele Schulungen machen, reicht das längst nicht aus, um alle Polizistinnen und Polizisten zu erreichen. Da wären wir auch im Abschlussbericht gefordert, stärkere Schulungen, Informationen und Leitfäden für die – –

Bei der Anzeigebereitschaft haben wir das Problem, dass viele Taten nicht angezeigt werden können oder möchten. Das Tatmotiv transfeindliche Gewalt tritt erst ab 1. Oktober 2023 gesetzlich in Kraft. Wir warten darauf. Viele Taten laufen ins Leere oder können schlecht angezeigt werden, weil das dann bei Volksverhetzung oder so nicht mit auftaucht.

Zu Gesundheitswesen und Diskriminierung: Viele trans Personen oder TIN-Personen erleben falsche Anreden oder ein nicht vorhandenes Wissen. Behandlungen werden nicht ermöglicht oder abgelehnt, weil es dann heißt: Ich kenne mich damit nicht aus. Ich kann Sie nicht behandeln. – Wir haben beispielsweise im Bereich der Barthaarepilation bei trans Frauen ganze zwei Praxen in ganz Berlin, die das anbieten. Die sind völlig überlastet. Ganz generell sind Therapieplätze für die geforderte Begleittherapie in Berlin viel zu wenig vorhanden. Auch wenn Berlin in dem Bereich eine einigermaßen gute Versorgung hat, sind trotzdem Wartezeiten von einem Jahr oder noch länger Standard.

Dann noch kurz zu den geplanten Kürzungen in den Budgets: Das ist existenzbedrohend für angestellte Personen, wenn sie nicht wissen: Habe ich nächstes Jahr noch meinen Arbeitsplatz? Kann ich meine Familie damit ernähren, oder nicht? – Dies in aller Kürze. Auch die Projekte können ihre Arbeit nicht weiterführen, was natürlich ein erheblicher Rückschlag wäre. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihre Antworten! – Dann hat Frau Dr. Riese das Wort. – Bitte!

Dr. Sarah Riese (Camino gGmbH): Danke schön für die vielen Fragen! Ich hoffe, dass ich das schaffe. – Es gab mehrere Fragen, die sich auf die zivilgesellschaftlichen Daten und wie man die zusammen darstellen kann, bezogen. Ich bin vorhin so holterdiepolter in unsere Daten eingestiegen und hätte natürlich noch dazusagen können und sollen, dass dieses Monitoring – – Wir bilden ja die zivilgesellschaftlichen Daten mit ab. Außer den Berichten gehört schon auch ein begleitender Prozess dazu, in dem wir uns in der Runde derer, die Daten erheben, zusammensetzen und eben genau schauen, wo es zusammenpasst und wo nicht. Die Variante, die wir im letzten Bericht gewählt haben, ist, diese unterschiedlichen Zugänge gemeinsam darzustellen, weil es ja schon einen Sinn hat, dass unterschiedliche Träger mit unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich Daten erfassen. Möglicherweise kann man das in den Grundlagen noch mehr vereinheitlichen, in dem Fall aber haben wir es gemeinsam, aber für sich jeweils kenntlich, dargestellt und versucht, die gemeinsamen Schlüsse daraus zu ziehen. Daran würden wir so auch weiter arbeiten wollen. – Das dazu.

Die App kam in dem Zuge auch vor. Was die Daten angeht, die wir zivilgesellschaftlich mit eingebunden haben, hat die noch keine sehr prominente Rolle gespielt. Der Bericht ist ja letztes Jahr erschienen, das ist schon wieder eine Weile her. Ich weiß nicht, ob sich das vielleicht schon wieder verändert hat.

Zum Gesundheitswesen hat Jenny Wilken gerade schon etwas gesagt. Das deckt sich sehr mit dem, was uns auch berichtet worden ist. Ähnlich ist es bei Polizei und Anzeigebereitschaft. Auch uns ist in den Interviews ein großes Misstrauen gegenüber der Polizei berichtet worden. Ein Teil, der berichtet worden ist, war auch: Transfeindliche Gewalt ist allgegenwärtig. Viele Leute haben gesagt: Wenn ich alles anzeigen würde, was mir passiert, dann komme ich zu nicht mehr viel. – Das macht ja auch Arbeit, und das ist belastend. Insofern finde ich die Möglichkeit, Dinge niedrigschwellig, zivilgesellschaftlich zu melden, wichtig.

Welche weiteren Diskriminierungsformen, -dimensionen eine Rolle spielen, haben wir in unserer standardisierten Befragung auch gefragt. Quasi omnipräsent waren Sexismus und auch Diskriminierungen aufgrund anderer Dimensionen von Queerfeindlichkeit. Eine wichtige Rolle haben außerdem Klassismus und Rassismus gespielt. – Habe ich etwas vergessen?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Dr. Riese! Während Sie noch suchen, würde ich kurz der Senatorin das Wort geben, weil sie zu einem Termin muss. Dann kann sie hier noch kurz reagieren. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Danke, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Nicht, dass Sie denken, dass Ihre Fragen nicht beantwortet werden. Staatssekretär Bozkurt ist da, die Fachebene ist da, Frau Liebscher ist für den Monitoringbericht da. Vielen

Dank für den sehr guten Austausch! Ich muss jetzt zum Tag der offenen Tür einer Gemeinschaftsunterkunft und halte dort ein Grußwort. Ich bitte um Nachsehen, dass ich jetzt gehen muss! – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Auch das ist ein wichtiges Thema, auch in unserem Sinne. Viel Erfolg! – Jetzt hat Frau Dr. Riese die Möglichkeit, auf weitere Fragen, die Sie in Ihren Notizen entdeckt haben, noch zu reagieren, wenn Sie denn mögen. – Bitte!

Dr. Sarah Riese (Camino gGmbH): Nein. Sonst waren das ja vor allem Fragen, die am besten aus Sicht der Träger beantwortet werden können.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich Ihnen für Ihre Antworten! – Frau Naujoks, Sie haben das Wort. – Bitte!

Clara Naujoks (L-Support e. V.): Ich würde auch noch mal die Möglichkeit nutzen, über die Mehrfachdiskriminierung zu sprechen, die Intersektionalität, aus der Sicht unserer queerbisexualen Beratungsstelle. Wir sehen ganz viel, dass weiblich sozialisierte Menschen einfach daran gewöhnt sind, Gewalt hinzunehmen, von früh an daran gewöhnt sind, Grenzüberschreitungen hinzunehmen, und dass dadurch später die Grenzwahrnehmung oder die Wahrnehmung der eigenen Rechte eingeschränkt ist. Wir müssen in der Öffentlichkeitsarbeit viel darauf hinarbeiten, dass diese Menschen überhaupt verstehen, dass das, was ihnen angetan wird, nicht okay ist, dass Beleidigungen nicht okay sind, dass Angespucktwerden nicht okay ist und dass ihnen Schutz zusteht, dass das nicht etwas ist, was sie sich erbitten oder erarbeiten müssen. Wir arbeiten daran, das diesen Menschen genau klarzumachen. Das zeigt aber auch, dass das Dunkelfeld in unserer Zielgruppe wahrscheinlich sehr groß ist.

Ganz wichtig ist hier auch das Konzept von Minderheitenstress und dem chronischen Stress, der dadurch entsteht. Das geht auch schon in Richtung des Themas Anzeigebereitschaft. Es ist so, dass die meisten Menschen nach queerfeindlichen Vorfällen laut unserer Daten psychische Folgen erleiden, die in über 50 Prozent mehr als einen Monat lang andauern. Wenn man sich vorstellt, dass diese Menschen wöchentlich oder monatlich, teilweise mehrfach täglich, solche Diskriminierungen erleben, kann man sich vorstellen, wie lange und schwerwiegend diese psychischen Beeinträchtigungen sind. Dann zu erwarten, dass man sich hochschwellig meldet, Hilfe sucht, die Ressourcen hat für lange Verfahren, für viele Termine beim LKA – das ist durch die Betroffenen einfach nicht leistbar.

Wir wissen aus unseren Daten auch, und das zeigt noch mal die Wichtigkeit unserer Meldestelle, dass selbst 80 Prozent der Menschen, die Sachen bei uns melden, diese nicht bei der Polizei anzeigen. Das bedeutet, dass das, was bei uns in der Statistik erscheint, zu 80 Prozent nicht von der Polizei überhaupt erfasst wird. Um die Anzeigebereitschaft zu steigern, ist es auf der einen Seite wichtig, dass Angebote, die es schon gibt, wie zum Beispiel der kleine Zeugenschutz, bekannter werden. Allerdings geht es auch darum, generell das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden zu stärken. Dabei ist wichtig, dass diese die Vorfälle nicht bagatellisieren, dass zum Beispiel sexualisierte Gewalt genauso verfolgt wird wie andere Formen von Gewalt. Es muss aber auch möglich sein – und das ist für uns ein ganz wichtiges Thema –, dass Outcomes von Strafverfolgungsverfahren für die Zivilgesellschaft nachverfolgbar werden, dass wir bei Verfahren herausfinden können: Wurde da überhaupt jemand

verurteilt? – Da gibt es einen speziellen Fall, an den ich gerade denke, bei dem wir uns da momentan ein bisschen die Zähne ausbeißen, das überhaupt nachverfolgen zu können.

Unser Verhältnis generell zur Polizei ist, dass wir als Beratungsstelle einen produktiven Austausch mit den LSBTIQ-Ansprechpersonen des LKA erleben. Wir wissen aber auch, dass das bei unseren Betroffenen sehr gespalten ist, die Erfahrungen sehr unterschiedlich sind, besonders mit den Beamtinnen und Beamten, die auf der Straße im Erstkontakt angetroffen werden, wo die Betroffenen gar nicht Kontakt zu besonders geschulten Personen haben. Wir bekommen viele Anfragen für Schulungen, besonders von Schulen, die wünschen, dass wir dort Workshops geben, können diese allerdings oft aus Ressourcengründen nicht erfüllen. Wir wissen aber, dass die Bedarfe sehr groß sind. Das bekommen wir auch bei Infoständen immer wieder zu spüren.

Noch mal konkret zu der Frage der Mehrfacherfassungen der Fälle in den Statistiken. Das geschieht in der Polizeistatistik nicht. Das ist nicht das, was ich ausdrücken wollte. Ich möchte das hier ganz deutlich machen: Es ist so, dass Sachen unsichtbar werden, da nur eine bestimmte Anzahl an Merkmalen von der Polizei erfasst wird, auf die wir keinen Einfluss haben. Es ist deswegen wichtig, dass Fälle bei uns auch erfasst werden, weil wir Sachen detaillierter und diskriminierungssensibler auswerten, als das die Polizei tut. Wir stehen im engen Austausch mit anderen Meldestellen. Wir haben das auf unserem Meldeformular auch vermerkt. Menschen kreuzen das an, sagen uns, bei welchen anderen Stellen Fälle auch gemeldet wurden. Wir tauschen uns über Fälle aus, finden es aber gleichzeitig wichtig, dass es die einzelnen Stellen gibt, weil gerade natürlich unsere Beratungsstelle lesbisch-queere Sichtbarkeit erhöhen möchte. Wenn Menschen schon Zugang zu uns haben, sollen sie bei uns auch diese Fälle melden können und nicht noch andere Stellen finden müssen. Da soll es einfach im Sinne der Betroffenen laufen, und wir müssen dann einen Weg finden, uns gut auszutauschen, was wir, denke ich, auch gut schaffen. – So viel von unserer Seite.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Auch Ihnen vielen Dank, Frau Naujoks! – Dann hat Frau Lölhöffel das Wort. – Bitte!

Lea Lölhöffel (Berliner Register): Vielen Dank! – Eine Frage war nach der AnDi-App. Die AnDi-App finde ich persönlich ganz sinnvoll, habe aber den Eindruck, dass man sie vielleicht noch mal upgraden müsste. Wir haben zu Beginn der AnDi-App eine ganze Menge Meldungen über die AnDi-App an die Berliner Register bekommen. Ich muss aber sagen, seit wir selber ein Onlineformular anbieten, ist das ziemlich eingebrochen. Insofern gehen wir davon aus, dass die gleichen Leute oder ähnliche Leute dann einfach den direkten Weg finden. Ich vermute, dass das bei Beratungsstellen ähnlich ist, also dass Betroffene den Weg zur richtigen Beratungsstelle auch so gut finden. Aber vielleicht ist dieser Weg der AnDi-App durchaus eine sehr gute Idee. Ich glaube, dass man noch mal darüber nachdenken kann: Wie kann man es Leuten vielleicht erleichtern, wie kann man die aber auch bekannt machen? –, denn in den letzten zwei, drei Jahren habe ich, ehrlich gesagt, weniger Werbeanzeigen dafür gesehen. Das war am Anfang mehr. Dann wird sie natürlich irgendwann in Vergessenheit geraten.

Es gab eine Frage, wie die Erfassung angeglichen werden kann, einmal im Verhältnis Zivilgesellschaft – Polizei. Da muss ich sagen, wir stellen sehr unterschiedliche Fragen. Wir als Zivilgesellschaft fragen nicht: Ist das strafbar? –, weil wir auch gar nicht ermitteln. Wir beschäftigen uns ja auch wenig mit den Tätern, sondern wir beschäftigen uns im Wesentlichen mit

den Betroffenen. Weil wir unterschiedliche Fragen an die Vorfälle stellen, bekommen wir teilweise auch unterschiedliche Antworten. Gleichzeitig wäre es natürlich ganz hilfreich, wenn die Berliner Polizei weiterhin ihre Daten zur Verfügung stellen könnte. Das hat sie nun mal vor drei Jahren aus Datenschutzgründen eingestellt. Das sehen wir auch an unseren Fallzahlen, die damals einen Einbruch hatten. Wir versuchen jetzt, Betroffene auch so direkt zu erreichen. Das ist aber viel Aufwand, und die Behörde der Polizei ist größer, als wir es sind.

Dann sei dazu gesagt, dass die Träger untereinander teilweise im Austausch stehen und teilweise nicht. Da, wo Träger im Austausch sind, läuft das sehr gut. L-Support und wir tauschen uns zum Beispiel regelmäßig aus. Camino und wir tauschen uns auch regelmäßig aus. Das ist sehr fruchtbar. Gerade die verschiedenen Perspektiven führen dazu, dass wir uns ergänzen, dass wir unsere Analysen schärfen können und damit am Ende Betroffenen besser helfen können. Nicht alle Träger beteiligen sich daran, einige wollen das explizit nicht. Hier kann ich nur anregen, dass Sie das von Landesseite mit unterstützen oder vielleicht über die Förderprogramme anregen, dass so ein Austausch wünschenswert ist und vielleicht nicht als Konkurrenz wahrgenommen wird, sondern als ein Miteinander und ein fachgerechter Austausch.

Es gab eine Frage von Herrn Lindemann. Darauf kann ich selbstverständlich antworten. Das Gegenteil ist der Fall. Wir beschäftigen uns nicht mit den Tätern, das ist die Aufgabe der Polizei. Dennoch wissen wir natürlich aus den Vorfallsbeschreibungen einiges über die Täterinnen und Täter. Wir werten das nicht systematisch aus, sondern qualitativ, also schauen uns die Einzelfälle an. Unsere Zahlen bestätigen genau das nicht, was Sie andeuten, sondern es zieht sich durch ganz Berlin. Die LGBTIQ-feindlichen Vorfälle, insbesondere Angriffe und Bedrohungen, finden in Reinickendorf, Berlin-Kreuzberg und in Spandau statt. Die finden aber genauso gut in Charlottenburg oder in Marzahn-Hellersdorf statt. Durch die ganze Stadt zieht es sich. Die Leute sind in der Stadt aber unterschiedlich sichtbar. Am Stadtrand wird man LGBTIQ-Personen weniger sichtbar sehen und auch identifizieren können als das vielleicht in Kreuzberg der Fall ist, und so zeigt sich dann auch, dass in Kreuzberg oder in Mitte die Zahlen höher sind. Das liegt aber auch daran, dass Leute dort eben sichtbar sind. Ziel wäre also, auch am Stadtrand die Sichtbarkeit von LGBTIQ-Menschen und deren Sicherheit zu erhöhen.

Noch ein Gegenteil ist der Fall: Es sind besonders queere migrantisierte Menschen in dieser Stadt, die besonders gefährdet sind. – [Gunnar Lindemann (AfD): Wie viele queere migrantisierte Menschen gibt es denn in Ihrer Nähe?] – Eine ganze Menge, Herr Lindemann. – [Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)] – [Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Lölhöffel hat noch das Wort!] – Das habe ich und würde gerne weitersprechen. Es gab noch weitere Fragen.

Zum Gesundheitsbereich: Ich habe in der Zwischenzeit zwei Fallbeispiele herausgesucht, die ich nicht komplett vorlesen, aber kurz zusammenfassen möchte. Da bekommen Sie einen Eindruck, was trans Menschen im Gesundheitsbereich so passiert. Einmal haben wir hier einen Vorfall, da gab es in einer gynäkologischen Praxis in Charlottenburg einen Betreiberinnenwechsel. Die neue Ärztin hat es ab da abgelehnt, alle trans Patientinnen weiter zu behandeln. Das ist total krass, denn da wird letztendlich gesundheitliche Versorgung entzogen.

Ein anderer Fall besteht nur aus einem Satz, deswegen lese ich den vor: Ein trans Mensch wird bei einer ärztlichen Untersuchung in Kreuzberg ohne jegliche Notwendigkeit – das war ein Lungenfacharzt – nach ihren Genitalien befragt. Sie empfindet das als verstörend und wechselt danach die Arztpraxis. – Auch hier sehen Sie: Es kann so verstörend sein, was man

in einem Arztzimmer erlebt, aus dem man vielleicht in dem Moment gar nicht heraus kann oder wo man ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis hat – man möchte ja eine Behandlung erfahren –, dass man vielleicht danach gar nicht mehr zum Arzt geht. Das ist ein großes Risiko. Das ist ein großer Bereich, der uns immer wieder in Gesprächen mit der Community benannt wird, und ein großes Handlungsfeld, das ich Ihnen hier mitgeben kann.

Dann gab es noch eine Frage zum Selbstbestimmungsgesetz und zum Hass auf der Straße. Dazu kann ich ein bisschen was sagen. Es gibt einen Zusammenhang, der ist aber indirekt. Ich denke nicht, dass Täterinnen und Täter sich überlegen: Ah, es gibt eine Debatte über das Selbstbestimmungsgesetz. Wen schlage ich als Nächstes? – Ich glaube, so plump ist es nicht. Es ist aber ein gesellschaftliches Klima, in dem das stattfindet. Dieses gesellschaftliche Klima besteht zum Teil auch in noch bestehenden transfeindlichen Gesetzen. Es besteht aber auch in einem mangelnden Wissen bei Behörden, zum Beispiel der Polizei. Es besteht auch in großen Ressentiments in der gesamten Gesellschaft. In diesem Klima fühlen sich Täter sicher vor Konsequenzen, und das ist der Moment, in dem sie zu Tätern werden und andere Menschen, die sie als minderwertig erachten, auf der Straße erniedrigen wollen. So gibt es zwischen dieser gesellschaftlichen Debatte, die die Community im Großen sehr verunsichert, und den steigenden Vorfällen durchaus einen Zusammenhang.

Ansonsten möchte ich noch anregen: Es ist natürlich auch für Sie möglich, über den Bundesrat hier einzuwirken und die Dinge, die die Berliner Community zu Recht schon beigetragen hat, dort in Form von Verbesserungen an dem Gesetz einfließen zu lassen. – Ich bedanke mich!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank an Sie, Frau Lölhöfel, und natürlich auch an alle anderen noch mal! – Das war eine sehr gute Anhörung und Rückmeldung. Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Orkan Özdemir, und danach hat die Senatsverwaltung die Möglichkeit, auf die Fragen zu reagieren.

Orkan Özdemir (SPD): Auch von meiner Seite ein großes Dankeschön! Das war, wenn ich das so sagen darf, eine der besten Anhörungen, die ich bisher erlebt habe, die sehr informativ war. Vielen Dank dafür!

Es gibt noch eine kleine Sache, die bei mir hängengeblieben ist. Sie meinten, dass nicht alle handelnden Akteure in dem Feld kooperieren. Was sind dafür die Gründe? Das würde mich interessieren.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wer möchte darauf antworten? – Bitte, Frau Lölhöfel!

Lea Lölhöfel (Berliner Register): Ich kann dazu etwas sagen, vielleicht nicht als Einzige. Es gibt eine sehr unterschiedliche Trägerlandschaft in dem Bereich. Das ist eine große Stärke dieser Stadt. Das heißt aber nicht, dass alle diese Träger exakt voneinander erwarten oder auch die Zeit dafür finden, sich hinzusetzen und ihre Listen miteinander abzugleichen. Es gibt auch Träger, die das lieber für sich tun. Insofern ist es eine Schwerpunktsetzung der einzelnen Träger, wie sie damit umgehen. Wir als Berliner Register haben den Eindruck: Alle Träger, die sich mit uns austauschen, empfinden das als ausgesprochen gewinnbringend. Wir gehen deswegen regelmäßig auf andere Träger zu und versuchen, sie davon zu überzeugen, das mit uns abzugleichen.

Es ist aber auch so, das wurde vorhin schon angedeutet: Gar nicht alle Beratungsstellen haben die Zeit, Monitoring zu machen. Das, was über die Sachberichte an die Verwaltung, die Fördermittelgeber hinausgeht, kann teilweise gar nicht geleistet werden, weil diese Stellen sich überwiegend als unterfinanziert wahrnehmen und viel mehr Beratung anbieten könnten und, wenn sie zusätzliche Mittel für Monitoring hätten, wahrscheinlich erst mal mehr Beratung machen würden, weil sich eben Betroffene regelmäßig in großer Zahl an sie wenden. Das heißt, es bedarf erst mal einer auskömmlichen Finanzierung von Beratungsstellen, bevor diese überhaupt in der Lage wären, Monitoring zu machen oder ihre Zahlen so zu dokumentieren, dass andere Stellen, die wie wir auf Monitoring spezialisiert sind, das miteinander abgleichen können. Ich glaube, so kann man das sagen.

Clara Naujoks (L-Support e. V.): Genau! Ich würde dem voll zustimmen. Ich möchte noch eine ganz kurze Bemerkung zu dem Thema Täterinnen- und Tätermerkmale machen, und zwar ist bei uns das einzige Merkmal, das signifikant hervorsteht, dass die Täter – auch wenn der Herr Abgeordnete sich jetzt zurückgezogen hat – zu 90 Prozent männlich gelesen sind, und dass wir zuerst über das Männlichkeitsbild diskutieren sollten, bevor alles andere zu dem Thema hier in die Debatte einfließen sollte.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Naujoks, auch für diese Ergänzung! – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Ich würde jetzt erst mal dem Vertreter der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Herrn Schützeberg, das Wort geben. – Bitte!

Udo Schützeberg (SenInnSport): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will hier ganz kurz zunächst – das wurde von zwei Abgeordneten angesprochen – auf das Problem der Übermittlung der anonymisierten Falldaten eingehen. Herr Walter hatte angesprochen, dass es dazu im Innenausschuss im Mai letzten Jahres eine Stellungnahme der Senatorin gab. Wie hat sich die Sache entwickelt? – Im Juni letzten Jahres ist zwischen der Senatsjustizverwaltung und der Innenverwaltung auf Staatssekretärsbene vereinbart worden, dass die Federführung bei der Senatsjustizverwaltung liegt. Von dort aus wurden mehrere Gespräche, Gesprächskreise, geführt, teilweise unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Am Ende hatten wir, ich glaube, im Juni dieses Jahres noch ein Gespräch bei Vertretern der Datenschutzbeauftragten. Im Ergebnis sieht es im Augenblick so aus, dass wir an diesem Punkt fast ans Ende gelangt sind, weil von dort aus deutlich gemacht wurde, dass der nahezu einzig gangbare Weg in einer Änderung der Strafprozessordnung liegt, und das ist wiederum eine Sache, die auf Bundesebene geklärt werden müsste. Die Senatsjustizverwaltung hat dazu wohlweislich bereits am Anfang des Jahres eine Bund-Länder-Umfrage gestartet, und das Ergebnis war nicht schön, weil andere Bundesländer hier keinen Handlungsbedarf sehen. Ich will aber dem endgültigen Ergebnis und der endgültigen rechtlichen Prüfung der Senatsjustizverwaltung hier nicht vorgreifen, das möchte ich extra betonen. Hierzu wird es noch eine abschließende Stellungnahme geben.

Dann wurde von Herrn Lederer die Synchronisierung mit NGOs angesprochen. Ich bin dankbar, dass das bereits beantwortet wurde. Wir sehen das ganz genauso. Es sind unterschiedliche Herangehensweisen, unterschiedliche Voraussetzungen. Das würde auch schwierig werden, weil wir die Erfassung bundesweit haben, bundeseinheitlich abgestimmt. Das ist ein Stück weit zu dem Handlungsfeld 1 aus dem Abschlussbericht zu sagen. Das wird in die entsprechende AG Qualitätskontrolle der Kommission Staatsschutz eingebracht werden, allein schon durch den Beschluss. Dann muss zwischen allen Bundesländern und dem Bund konsistiert

werden, inwiefern dann eine nochmalige Änderung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch Motivierte Kriminalität erfolgt.

Dann hatten wir das Thema Aus- und Fortbildung bei der Polizei. Das wird, wie ich finde, bereits umfangreich bearbeitet. Sie wissen, wir haben seit 30 Jahren eine Ansprechperson für LSBTIQ. Wir haben seit 2006 eine weitere Ansprechperson, und seit 2007 gibt es für alle Polizeidienstkräfte in der Ausbildung ein obligatorisches Tagesseminar, wo zu den Themen Opferschutz, Phänomenologie und insbesondere Bearbeitung von Straftaten gegen LSBTIQ Sach- und Fachkenntnisse vermittelt werden. Daran ist auch wiederum die Zivilgesellschaft beteiligt. Eine neunzigminütige Unterrichtseinheit wird von „Maneo – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin“ gestaltet. Die Aus- und Fortbildung wird in Zusammenarbeit der Ansprechpersonen mit der Polizeiakademie und der HWR fortlaufend sensibilisiert. Im Bereich der Fortbildung werden Veranstaltungen insbesondere auf Dienststellen, in deren Zuständigkeitsbereich sich Szenetreffpunkte oder -einrichtungen befinden, sowie – das möchte ich auch noch mal herausstellen – für Führungskräfte durchgeführt, damit da weiter multipliziert wird. – [Dr. Klaus Lederer (LINKE): Leider nicht für die Gewerkschaften!] – Okay! Die sind tatsächlich nicht beteiligt. Obwohl, vielleicht sitzt ja der eine oder andere Nebenamtler auch mal in so einer Veranstaltung.

Wir haben – weil das immer so ein bisschen untergeht, nicht nur zwei Ansprechpersonen –; das sind die Hauptamtler. Wir haben auch nebenamtliche Ansprechpersonen in den Direktionen und Multiplikatoren auf vielen Dienststellen, sodass wir insgesamt bei der Berliner Polizei 100 Beamte haben, die hier wirklich sehr intensiv geschult sind und ihre Sach- und Fachkenntnis auch weitergeben können.

Im Jahr 2022 ist ein neues Schulungsmodul genau für diese nebenamtlichen Ansprechpersonen und Multiplikatoren aufgelegt worden. Was wird Polizei jetzt noch zusätzlich tun? – Wir haben uns natürlich zusammengesetzt und im Vorfeld dieser Anhörung die Handlungsempfehlungen angeschaut und geschaut: Was kann man noch machen? Was ist von der Polizei durch die hauptamtlichen Ansprechpersonen noch zu leisten? – Das, was wir im Bereich der Aus- und Fortbildung identifiziert haben, ist, dass die Beschulung der Lehrkräfte der PA und HWR zu den Themen Hasskriminalität und LSBTIQ in Angriff genommen wird.

Kleiner Zeugenschutz, das hatte ich mir noch aufgeschrieben: Das war auch eine Frage, die kam aus Ihrer Richtung. Die Polizei hat mehrere Flyer aufgelegt, unter anderem einen Flyer zum Thema „Zeigen Sie es an!“. Diese Flyer werden im Rahmen der Präventionsarbeit in den Beratungsstellen und natürlich insbesondere an den wichtigen Szeneorten verteilt. In dem Flyer „Zeigen Sie es an!“ wird dezidiert auf diesen kleinen Zeugenschutz hingewiesen. Also die Polizei tut ihr Möglichstes, um auch Wissen diesbezüglich zu verbreiten. Das spielt auch im Bereich der Aus- und Fortbildung eine Rolle. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt die Fachebene noch die Möglichkeit zu erwidern. – Bitte!

Cosmo Dittmar-Dahnke (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich hoffe, ich habe mir alle Fragen notiert und kann entsprechend darauf eingehen. – Ganz zentral zu der Frage, was 2024 und 2025 weiter passieren soll zur Bekämpfung von Transfeindlichkeit oder insgesamt, ist natürlich unser Aktionsplan 2023, worin wir mit der Zivilgesellschaft und den anderen Senatsverwaltungen ganz viele Maßnahmen zusammengetragen haben, und ein großer Teil wird im Handlungsfeld Antigewalt stattfinden. Die Strategien und so weiter wurden ja schon genannt, und auch die zentralen Vorhaben.

Als Erstes werden wir insgesamt die Trägerlandschaft verstärken, und zwar nicht nur im Antigewaltbereich, sondern auch, was die psychosoziale Beratung von trans und queeren Personen angeht, denn das ist auch zentral, wenn ich Gewalt verhindern will: Ich brauche gut beratene und gut gestärkte Leute.

Dann bauen wir weiter auch unsere Infokampagne bedarfsgerecht aus. Das heißt, da wollen wir unsere Wiedererkennbarkeit ein bisschen verbessern mit unseren Informationsmaterialien, sodass die Leute auch immer gleich wissen, wo sie hinkönnen. Natürlich ist es so: Die Maßnahmen im Aktionsplan sind vorbehaltlich dessen, dass wir Geld dafür bekommen vom Parlament. Deswegen sind das sozusagen unsere Planungen, die ich vorstelle, und wir hoffen, dass wir das dann auch alles umgesetzt bekommen. Die Maßnahmen, die wir da zusammengetragen haben, zielen natürlich alle auf Verbesserungen ab. Der nächste Schwerpunkt für den Monitoringbericht 2024 – das war auch eine Frage – wird Feindlichkeit gegen bisexuelle Menschen sein. Da sind wir sehr gespannt, wie das erfasst werden kann und ob beispielsweise bisexuelle Menschen in erster Linie unter homo- oder transphober Feindlichkeit leiden und wie wir das als Phänomen auch gefasst bekommen. Das brauchen wir auch für die weitere Entwicklung unserer fachlichen Steuerung.

Ich möchte sehr gerne noch etwas zu den Maßnahmen sagen, die wir bereits umsetzen, was die Diskriminierung vor allen Dingen von trans Personen, aber auch insgesamt von queeren Personen im Gesundheitswesen angeht. Das haben wir schon vor vielen Jahren erkannt, weil wir auch dieses gute Diskriminierungsprojekt StandUp bei der Schwulenberatung haben, die natürlich immer ganz nah dran sind an den Bedarfen. Die haben uns gemeldet, wie umfangreich die Diskriminierung im Gesundheitswesen ist. Mir ist noch mal wichtig zu sagen, dass es da auch so eine doppelte Problematik für viele TIN-Personen gibt, denn einerseits ist das Gesundheitssystem notwendig, um beispielsweise Wünsche, was Transition angeht, Veränderungen, für die man medizinische Versorgung braucht, umsetzen zu können, zugleich ist das dann aber auch der Ort, wo die Diskriminierung und die Ungleichbehandlung stattfinden. Also das ist auch ein sehr starkes Spannungsverhältnis, mit dem es die Leute da zu tun haben. Bei StandUp haben wir den Bereich Antidiskriminierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen aufgebaut. Die führen einen Runden Tisch durch, der zwei- bis dreimal im Jahr tagt. Da sind die Verwaltungen dabei und die Aktiven aus den Communitys, und das ist ein sehr gutes Format. Die haben schon Handlungsempfehlungen entwickelt, die sich ans Gesundheitswesen richten, und dieses Projekt entwickeln wir natürlich auch weiterhin fort.

Wie gesagt, zentral ist der Aktionsplan. Das Thema habe ich schon genannt. Ich möchte noch was zur Antigewaltberatung für trans, inter und nicht-binäre Menschen sagen. Da war die Frage: Wie ist der Stand? – Dort kann man schon Beratung bekommen. Sie sind natürlich noch im Aufbau. Sie haben im Mai ihren Bewilligungsbescheid bekommen und sind schon ganz normal zu erreichen. Untergebracht ist das Projekt im Checkpoint am Hermannplatz.

Das ist sehr geeignet, denn dort sind auch viele andere Angebote, die sich an trans, inter und nicht-binäre Menschen wenden und die auch eine Rolle spielen können, wenn man diskriminiert wurde, zum Beispiel, dass man dort gleich noch in eine psychosoziale Beratung gehen kann, wenn man vielleicht noch Identitätsfragen hat, dass man dort gesundheitliche Angebote hat, die einzigartig sind in Berlin für diese Zielgruppe. Wir sehen, dass das ein sehr gutes Angebot ist. Die Regierung möchte ja auch die Angebote insbesondere für trans weibliche Personen im Gesundheitswesen verbessern. Da sind wir auch sehr gespannt, was die Gesundheitsverwaltung da noch vorhat. Mit ihnen haben wir natürlich auch viele Maßnahmen in den Aktionsplan reingeschrieben, und wir wünschen uns sehr, dass Sie da dann auch zustimmen.

Zur Transfeindlichkeitsstudie aus den Richtlinien: Was soll die Studie leisten? – Wir versprechen uns von diesem Vorhaben, dass wir die Daten, die wir schon haben, die Erkenntnisse, die wir über das Monitoring schon gewinnen konnten, noch einmal vertieft untersuchen und da auch noch mal spezifischen Fragestellungen nachgehen können, was wir jetzt in dieser ersten Betrachtung vielleicht so ausführlich noch nicht machen konnten. Da sind dann sicherlich auch Fragen dabei, von denen ich mir verspreche, dass wir die Steuerung entsprechend anpassen können. – Ich glaube, ich habe erst mal das, was ich sagen wollte, gesagt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich Ihnen, Herr Dittmar-Dahnke! – Frau Ünsal hat jetzt das Wort. – Bitte.

Eren Ünsal (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich will zu zwei Punkten kurz etwas sagen, einmal zur Antidiskriminierungs-App AnDi. Zunächst einmal würde ich mich sehr darüber freuen, wenn alle Menschen hier im Raum und alle, die zuhören, erst mal diese App runterladen würden, weil diese App tatsächlich nicht nur Menschen helfen soll, die Diskriminierung selbst erlebt haben, sondern auch Menschen unterstützen soll, eine Diskriminierung zu melden, die sie beispielsweise beobachtet oder von der sie erfahren haben. Tatsächlich ist es so, dass die Antidiskriminierungs-App für uns, die Abteilung Antidiskriminierung und Vielfalt, ein Abenteuer war, was die Entwicklung betrifft, unsere erste Erfahrung mit einem solchen digitalen Instrument, und wir waren sehr angetan davon, dass wir sehr viel positives Feedback bekommen haben. Wir haben bei der Erstellung unsere Projekte oder die allermeisten Projekte auch beteiligt und befragt: Was braucht man? – Also wir haben sehr viel positives Feedback bekommen. Tatsächlich ist es so, dass die Downloadzahlen oder die Nutzungszahlen besser sein könnten. Wir arbeiten daran. Es gibt auch eine Begleitkampagne. Aber es zeigt sich auch, dass die AnDi-App einfach kein Masseninstrument ist, sondern für bestimmte Menschen oder Berufsgruppen gut ist. Wir hören das von Beraterinnen und Beratern, die sagen: Super Sache, wir benutzen das –, oder: Wir empfehlen die App Menschen, die zu uns in die Beratung kommen. – Ich finde, das mit dem Upgrade ist ein super Hinweis, und da würde ich bei Gelegenheit noch mal an anderer Stelle nachfragen oder noch mal eine Abfrage machen, gerne auch bei unseren Projekten, was genau dieses Upgrade bedeuten würde, also wie man diese App tatsächlich verbessern kann. Wir sehen das als etwas, was sich immer, stetig weiterentwickelt. Also da werde ich auf jeden Fall noch mal an die Projekte herantreten.

Der zweite Punkt ist, es wurde gefragt: Was tut die Verwaltung, um Diskriminierung durch die öffentliche Verwaltung abzubauen? –, eine ganz große Frage. Wir haben nachher einen Tagesordnungspunkt, wo es auch viel darum gehen wird, aber ich sage an dieser Stelle schon mal ganz kurz etwas, wenngleich ich jetzt einen zweistündigen Vortrag dazu halten könnte. Ich will nur drei Punkte herausgreifen. Die allerwichtigste Maßnahme der vergangenen Jahre

in dem Zusammenhang ist, dass wir ein Gesetz ins Leben gebracht haben, das Landesantidiskriminierungsgesetz, und eine LADG-Ombudsstelle eingerichtet haben als wichtigste Stelle, an die sich Menschen wenden können, die durch die öffentliche Verwaltung diskriminiert worden sind. Aber was ich immer wieder auch sage und möglicherweise in diesem Ausschuss auch schon mal gesagt habe, ist: Gesetze sind die eine Seite der Antidiskriminierungsarbeit, die Diversity-Implementierung, die Sensibilisierungsarbeit ist die andere Seite. Die ist mindestens genauso wichtig. In dem Zusammenhang hat Berlin das Diversity-Landesprogramm schon vor vielen Jahren ins Leben gerufen. Das ist im Grunde die proaktive Seite der Medaille. In dem Zusammenhang halten wir Schulungen vor zum LADG, zur Diversity-Kompetenz oder anderen Chancengleichheitsthemen im Rahmen unserer LADS-Akademie, aber auch in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie. Die Schulungen, kann ich schon sagen, werden sehr gut angenommen. Wir hören dazu nachher noch mehr im Monitoring. Ich will nicht zu viel vorwegnehmen.

Dritter Punkt: Transitionsrichtlinien sind auch ein wichtiges Thema oder auch ein Vorhaben in den Richtlinien der Regierungspolitik. Damit wollen wir beginnen. Wir planen, eine Rahmendienstvereinbarung Transitionsrichtlinien zu verhandeln, und hoffen, dadurch auch noch mal insbesondere für trans Menschen als Beschäftigte der Berliner Verwaltung eine gute Unterstützung zu bekommen. – Nur diese drei Punkte und vielleicht nachher noch viel mehr zu dem Thema. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für alle Ausführungen! – Ich denke, wir haben jetzt alle Wortmeldungen abgearbeitet. Ich möchte mich noch mal bei allen Anzuhörenden und Teilnehmenden für diese Anhörung bedanken. Das Wortprotokoll wird uns ja vorliegen. Bis dahin vertagen wir diesen Besprechungspunkt – der wird nicht abgeschlossen – und können ihn dann wieder aufrufen. Ich würde jetzt die Anzuhörenden entlassen. – Sie können natürlich auch die nächsten beiden Tagesordnungspunkte an dem Ort, wo Sie sitzen, weiterverfolgen oder dann eben auch andere Dinge außerhalb dieses Saals machen. Vielen Dank für Ihr Kommen noch mal im Namen des Ausschusses! – Dann verabschiede ich auch die Innenpolitiker, die nicht mehr dabei sein möchten. Auch Ihnen einen schönen Tag!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Handlungsempfehlungen der
Expert*innenkommission zu Antimuslimischem
Rassismus**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0064](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Folgebericht zur Umsetzung des
Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und
des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
in der Berliner Verwaltung 2023**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0075](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

Anhang

Fehlende Folie in der Präsentation von Dr. Sarah Riese, Camino gGmbH

